

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## Wirtschaftskrise, Arbeitskämpfe und die Rolle der Gewerkschaften

**Der drohende Zusammenbruch des Finanzmarktes und die Weltwirtschaftskrise – an deren Beginn wir stehen – haben die Ausgangsbedingungen für gewerkschaftliche Auseinandersetzungen um Lohn und Arbeit radikal verändert. Von der Aufbruchsstimmung, wie sie im Bahnstreik 2007/08 oder mit den Lohnforderungen für den Öffentlichen Dienst im Frühjahr und für die Metallindustrie im Herbst 2008 zum Ausdruck kam, ist nichts geblieben. Noch nie in der Geschichte von Lohnverhandlungen in der Bundesrepublik klafften Ausgangsbedingungen und Abschlüsse derart weit auseinander. Die von der Krise zuerst betroffenen Branchen bilden den Vorreiter bei der Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten.**

Im September 2008 haben die zuständigen Gremien von ver.di die bereits beschlossene Urabstimmung und den Streik bei den Banken ohne Gegenleistung abgesagt. Von Protesten der Beschäftigten dagegen ist öffentlich nichts bekannt geworden. Die Bankangestellten und ihre zuständige Gewerkschaft blieben passive Zuschauer der Krisenlösung von oben; die Lasten haben die Beschäftigten mit Lohnverzicht oder dem Verlust ihrer Arbeitsplätze zu tragen.

Nicht ganz so verheerend verlief die Metall-Tarifrunde. Aber von den geforderten 8 Prozent wurden auf ein Jahr umgerechnet gerade mal 2,8 Prozent durchgesetzt. Selbst dieses magere Ergebnis lässt erneut betriebliche Ausnahmemöglichkeiten zu, die von den Unternehmensleitungen mit ihren kooperationswilligen Betriebsräten eingeführt oder notfalls mittels Arbeitsplatz-Erpressung gegen die Betriebsräte durchgesetzt werden können. Es ermöglicht den Unternehmen, die zweite Stufe der Anhebung von 2,1 Prozent für 7 Monate auszusetzen. Für etliche Belegschaften wird im Ergebnis also nicht mehr herauskommen als die vor der Warnstreikwelle bereits angebotenen 2,1 Prozent. In einzelnen Betrieben wurde zwar Unmut und Kritik am Abschluss geäußert. Eine massive Protestwelle, die die IGM-Führung unter Druck setzen konnte, gab es aber nicht.

Ein drittes Beispiel sind die Lohnverhandlungen bei der Deutschen Bahn. Unter dem Druck einer breiten Unzufriedenheit der Transnet-Mitglieder über ihren Vorstand wurde gegen dessen Empfehlung noch im Herbst 2008 die

Forderung nach einer zehnpromzentigen Lohnerhöhung beschlossen. Das Ergebnis: 4,5 Prozent in zwei Schritten bei einer Laufzeit von 18 Monaten, d.h. auf ein Jahr gerechnet 3 Prozent. Auch bei der Bahntarifrunde schlug sich die veränderte Ausgangslage nieder. Von der kämpferischen Stimmung während des GDL-Streiks, die nicht nur das Fahrpersonal erfasst hatte, war Anfang 2009 nichts mehr zu spüren.

Tatsächlich kann keine Gewerkschaft, egal wie kämpferisch sie auch sein mag, das Gesetz von Angebot und Nachfrage innerhalb der kapitalistischen Ordnung aufheben. Auch die Arbeitskraft ist eine Ware, deren Nachfrage in Krisenzeiten sinkt. Drohende Firmenzusammenbrüche und Massenentlassungen erhöhen so zwangsläufig den Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wodurch die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten des gewerkschaftlichen Tarifikampfes schlechter werden. Allein mit der Verweigerung der Arbeitskraft, um den Lohn zu halten oder zu erhöhen, lässt sich in der Krise nicht mehr genügend Druck aufbauen. Das Mittel des rein gewerkschaftlichen Arbeitskampfes wird stumpf, wenn die Produktion durch Freischichten und Kurzarbeit gedrosselt werden muss; die Beschäftigten würden mit der gewerkschaftlichen Streikunterstützung nur ein Teil der Kosten selbst tragen, ohne das Unternehmen dadurch ökonomisch treffen zu können.

Dies gilt nicht nur in Konzernen und Betrieben, die ums Überleben kämpfen. Der Abbau von Löhnen und Arbeitsplätzen setzt sich als allgemeine Notwendigkeit der Krisenlösung durch, dem sich auch die »gesunden«, aus dem Konkurrenzkampf als Sieger hervortretenden Konzerne nicht entziehen können. Und welches Unternehmen weiß schon am Beginn der Krise, ob sie aus dieser gestärkt hervor- oder untergehen wird. Zugleich wächst die Konkurrenz unter denen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, wenn diese nicht mehr nachgefragt wird. Die Unzufriedenheit mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen tritt zurück hinter die Ängste um den Arbeitsplatz. Viele Beschäftigte sind bereit bzw. sehen sich gezwungen mehr »Kröten zu schlucken«, in dem Glauben, dadurch ihren Arbeitsplatz erhalten und »ungeschoren« davonkommen zu können.

Die sich entwickelnde Weltwirtschaftskrise trifft die abhängig Beschäftigten völlig unvorbereitet. Zwar wächst der Unmut über die bestehende Verhältnisse und Ungerechtigkeiten und damit zugleich auch die Bereitschaft sich mit antikapitalistischen Kritiken und Positionen auseinander zu setzen. Die Frage, wie kann in der Zukunft eine erfolgreiche Interessensvertretung aussehen, ist damit aber noch nicht beantwortet. Die Erfahrungen der letzten fünf Jahrzehnte, gewonnen im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Tarifaueinandersetzungen, helfen allein nicht mehr weiter. Die Wirtschaftskrise hat der gewohnten gewerkschaftlichen Interessenvertretung den Boden entzogen; sie hat zugleich die Frage nach der Haltung der Gewerkschaften zur bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt.

### Gewerkschaften: Ordnungsfaktor in Krisenzeiten

Interview des »Tagesspiegel« vom 13. Oktober 2008: »Frisst sich der Kapitalismus gerade selbst auf, Herr Sommer?« Der DGB-Vorsitzende antwortet: »Nein, wir erleben nicht das Ende der Marktwirtschaft. Das kann sich auch niemand wünschen, denn sie ist immer noch das beste Wirtschaftssystem, das es gibt. In diesem System werden selbstverständlich Gewinne gemacht. ... Ich verteidige ein verantwortungsvolles Gewinnstreben. Was dagegen jetzt völlig zu Recht zusammenbricht, sind der Casino-Kapitalismus und seine Shareholder-Value-Ideologie.«

Mit dieser Meinung steht der DGB-Vorsitzende nicht allein. Er repräsentiert ein Selbstverständnis, das die Führungsetagen und Apparate der Gewerkschaften prägt und ihr Handeln bestimmt. So bestehen zwischen den offiziellen Erklärungen, Wünschen und Appellen der Gewerkschaften und den Versprechungen, Ankündigungen und Maßnahmen der großen Koalition keine wirklichen Gegensätze, allenfalls Differenzen im Detail. Publikumswirksam wird die »maßlose Gier der Bankmanager« an den Pranger gestellt während sie zugleich Bürgschaften und direkten Finanzspritzen in Höhe von 500 Milliarden Euro gegen den Zusammenbruch der maroden Finanzinstitute zustimmen. Der Erhalt der Marktwirtschaft liegt den Vertretern der Regierungsparteien ebenso am Herzen wie den Gewerkschaftsvorständen.

»Ja, es war richtig, den Zusammenbruch der Banken und Finanzinstitute zu verhindern. Denn wir wollen nicht, dass Zehntausende unserer Kolleginnen und Kollegen bei Banken und Versicherungen arbeitslos werden. Wir sind auch nicht so gewissenlos wie Topmanager und Spekulanten, denen es egal ist, ob Millionen kleiner Sparer und Besitzer von Wertpapieren auf einmal ihr Geld verlieren.« (Redebausteine für Betriebs- und Personalversammlungen, Abteilung Politik und Planung beim Bundesvorstand der ver.di)

Die Krise beschleunigt die Konzentration. Noch mächtigere Finanzimperien mit der entsprechenden politischen Macht werden entstehen; während Zehntausende – trotz der verantwortungsvollen Haltung der Gewerkschaft – ihre Arbeitsplätze verlieren. Warum hat ver.di seine Zustimmung zum Bankenrettungsplan nicht zumindest mit der Forderung verknüpft, dass Banken, die öffentliche Zuschüsse oder Absicherungen erhalten, keine Arbeitsplätze abbauen dürfen? Der ver.di-Vorstand will sich durch konkrete Forderungen nicht in einen Konflikt mit der Bundesregierung begeben und ausschließen, dass er von seinen Mitgliedern beim Wort genommen werden könnte.

### Bittsteller der Regierung

Gewerkschaftliche Forderungen, soweit überhaupt von den Vorständen erhoben, bewegen sich deshalb im Rahmen der Parlamentsdebatten; sie bleiben vor allem ohne

Konsequenzen für die gewerkschaftliche Tagespraxis. Sie zielen, wie auch die Beschlüsse der Bundesregierung, auf die Stärkung der abstürzenden Nachfrage. Ein von den Gewerkschaften angemahntes Konjunkturprogramm wurde ebenso beschlossen, wie die vom IGM-Vorstand geforderte Abwrackprämie für Alt-Autos. Ebenfalls verabschiedet die Ausdehnung der Kurzarbeit von bisher 6 auf 12 Monate. So soll verhindert werden, dass die drohenden Entlassungswellen noch vor der Bundestagswahl im September den Unmut verstärken und zu sozialen und politischen Unruhen führen.

Die Vertreter der Regierung und der parlamentarischen Parteien als auch die Repräsentanten der Gewerkschaften, die als Bittsteller gegenüber der Regierung auftreten, sind zu Getriebenen der sich rasant beschleunigenden Abwärts Spirale geworden. Die eilig beschlossenen Stützungsmaßnahmen für die marode Finanzwirtschaft, deren Kosten niemand benennen und voraussehen kann, werden begleitet von den Rufen nach öffentlichen Milliardensubventionen und Bürgschaften, um auch die angeschlagenen Automobilhersteller und -zulieferer vor dem drohenden Konkurs zu bewahren. Im Zentrum stehen momentan die geforderten Finanzspritzen für Opel.

Dabei sind sich die Fachleute und Beobachter des Automobilmarktes einig. GM und Opel sind de facto längst pleite. Nur traut sich noch keine Regierung zu Beerdigung zu laden, weil sie sich vor den möglichen sozialen und politischen Beben fürchten. Sie versuchen Zeit zu gewinnen,

## INHALT · Heft Nr. 5 / 20. März 2009 · J.G. 50

Wirtschaftskrise, Arbeitskämpfe und die Rolle der Gewerkschaften . . . . .	1
Israels jüngste Kriege . . . . .	7
Landtagswahlen in Hessen: Die SPDF weiter abwärts. . . . .	13
Tarifverhandlungen für den ÖD in Berlin Senat setzt Gewerkschaften Stuhl vor die Tür . . . . .	15
Spontane Bauarbeiter Streiks in Großbritannien. . . . .	20
Nachdruck: »Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun ohne Rohheit nicht mehr zu machen. . . . .	22

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
Internet: [www.arbeiterpolitik.de](http://www.arbeiterpolitik.de) · e-mail: [arpo.berlin@gmx.de](mailto:arpo.berlin@gmx.de)

### Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buch-laden«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buch-laden in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3



## Feuer und Eier für Conti

Nach drastischen Nachfrageeinbrüchen plant der Autozulieferer das Aus für die Reifenproduktionen im Stammwerk Hannover und will ein Werk Clairoux in Frankreich schließen. Für die 1120 Conti-Mitarbeiter soll es hier bald keine Arbeit mehr geben. Das Ende des Werks nördlich von Paris würde in Frankreich den größten einzelnen Arbeitsplatzverlust seit Beginn der Wirtschaftskrise bedeuten. Conti hatte 2007 für Clairoux eine Rückkehr zur 40-Stunden-

Woche ausgehandelt – bei einer gesetzlichen Arbeitswoche von 35 Stunden. Dafür hatten die Mitarbeiter eine Arbeitsplatzgarantie bis 2011 erhalten. Doch die französische Belegschaft ist kampfbereit, wirft mit Eiern und verbrennt Reifen des verhassten Noch-Arbeitgebers. In Gewerkschaftskreisen wird vermutet, dass der Konzern die Gelegenheit nutzt, um die Produktion in Länder mit billigeren Lohnkosten zu verlagern. (aus: Spiegel-Online)

um es den Konzernführungen zu ermöglichen, die notwendigen Einschnitte in der Automobilindustrie mit den Gewerkschaften zusammen scheinbar ohne größere Unruhen, vorzunehmen.

### Differenzen in den Gewerkschaften

So wie es Differenzen innerhalb und zwischen den parlamentarischen Parteien über Umfang und Ausgestaltung der Konjunkturpakete oder einen Staatseinstieg bei den Banken gibt, so auch innerhalb des DGB über die nächsten konkreten Schritte und Forderungen. Den Kern, die Ursache der gegenwärtigen Krise, berühren diese Meinungsverschiedenheiten allerdings nicht.

Die Differenzen in den Gewerkschaften verlaufen analog zu denen in der SPD und zwischen SPD und der Linken – zwischen den so genannten Modernisierern und den Traditionalisten, die an alten sozialdemokratischen Grundwerten festhalten wollen. Die Transnet- und die IG BCE-Führung hatten sich schon in der Vergangenheit als wichtige Stützen der Schröderschen Agenda-Politik betätigt. Sie unterstützen jetzt folgerichtig die Bestrebungen, die große Koalition fortzusetzen. Für die in ihrem Organisationsbereich angesiedelten Konzerne sind sie auf parlamentarischer Ebene als Lobbyisten aufgetreten. Jüngstes Beispiel, das »System Hansen«, ohne dessen Lobbyarbeit vor allem innerhalb der SPD, der Beschluss zum Börsengang der DB AG wohl nicht so reibungslos durchzusetzen gewesen wäre. Der Bahn-Privatisierung wurde der gewerkschaftliche Segen durch den Transnet-Vorstand erteilt.

Mit diesem Modell der »Interessenvertretung« in enger Kooperation mit dem Kapital verzichten die Gewerkschaftsführungen weitgehend auf die Formulierung eigener Interessen und Standpunkte gegenüber dem Unternehmerlager, solange nicht die Stimmung an der Basis zu verbalen Bekenntnissen zwingt. Das Modell hat sich in den letzten Jahren auch im IG Metall-Apparat durchgesetzt. Unter der Überschrift »Die IG Metall handelt« formuliert der Vorstand im Dezember 2008: *»Die IG Metall wird in der Krise alle gewerkschaftlichen Aktionsinstrumente nutzen. Mit Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten, Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und »Pforzheimer Abkommen« steht den Betrieben und Unternehmen ein umfangreicher betrieblicher und tarifpolitischer Instrumentenkasten zur Verfügung, um 2009 Entlassungen zu vermeiden. Die IG Metall fordert die Unternehmen auf, diese Instrumente aktiv zu nutzen.«* Mit anderen Worten, die IG Metall bietet sich an als Partner bei der betrieblichen Kostensenkung – also beim Abbau tariflicher Standards und Löhne. Das eigene »Handeln« beschränkt

sich auf den Appell an die Unternehmer, die notwendigen Sparmaßnahmen unter Einbeziehung der Gewerkschaft und nicht gegen ihre organisatorischen Eigeninteressen durchzusetzen. Träger dieser Linie in der IGM sind vor allem die Betriebsratspitzen in den großen Konzernen, die zunehmend die gewerkschaftliche Praxis und Tarifpolitik bestimmen. Sie agieren als Co-Manager und Lobbyisten »ihres« Unternehmens.

Die Betriebsratspitzen, unterstützt von der IG Metall, verstehen sich dabei als »Interessenwahrer« der Kernbelegschaften, die sie in Kooperation mit ihrer Konzernführung versuchen über die Krise zu retten. Mittlerweile wurden über 100.000 Leiharbeiter und Beschäftigte von Fremdfirmen in der Automobil- und Zulieferindustrie auf die Straße gesetzt. Für sie wurde keine Kurzarbeit vereinbart, die doch dazu dienen soll, Entlassungen und somit Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Passivität und das Desinteresse gegenüber den Leiharbeitern, die vor ihrem Rausschmiss schon Arbeiter zweiter Klasse waren, wird die Kluft zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen zusätzlich vertiefen. Sie leistet gewerkschaftsfeindlichen Einstellungen und Tendenzen unter den Ausgestoßenen Vorschub.

### Sozialdemokratische Rezepte der Krisenlösung

Im Gegensatz zu den führenden Kräften bei IG BCE, Transnet und IGM, die den politischen Wandel der SPD auf der gewerkschaftlichen Ebene nachvollzogen haben, stehen Teile von ver.di. Sie gruppieren sich um den beim Bundesvorstand angesiedelten Bereich Wirtschaftspolitik, sind Mitglied oder Anhänger der Linkspartei oder auf dem linken Flügel der SPD angesiedelt. Wie die Linkspartei auf parlamentarischer Ebene, so betrachten sich diese Funktionäre in den Gewerkschaften als Hüter sozialdemokratischer Grundwerte. Sie wollen, im Gegensatz zu den »Modernisierern«, nicht auf die Formulierung und Durchsetzung eigenständiger gewerkschaftlicher Positionen und Forderungen verzichten – allerdings auf dem Boden der bewährten Sozialpartnerschaft.

*»Mehr Markt und weniger Staat – dieses Leitbild marktradikalen Denkens hat ausgedient – jetzt brauchen wir mehr Staat und Märkte, die nach festen Regeln funktionieren. ... Wir wollen eine Politik, die entschieden Ausgrenzung und Armut bekämpft und nicht die notwendigen Investitionen zu Lasten des Sozialhaushaltes und der Kommunen finanziert. Die massive Umverteilung von unten nach oben, die in den letzten 20 Jahren von Wirtschaft und Politik durchgesetzt wurde, muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Der wachsende Reichtum, den wir alle zusammen erarbeiten,*

*muss den Beschäftigten und ihren Familien, den Rentnerinnen und Rentnern und den Erwerbslosen zugute kommen. Er darf nicht in die Taschen von Reichen und Unternehmen fließen, die damit die Spekulation auf den Finanzmärkten anheizen.»* (Redebausteine ver.di)

Die in den Redebausteinen formulierten Erwartungen und Wünsche mögen sich mit dem vorherrschenden Bewusstsein unter den Lohnabhängigen decken. Die sehnen sich in ihrer Mehrheit nach den alten Zeiten sozialpartnerschaftlicher Konfliktlösung zurück. Mit der Realität und dem, was im weiteren Verlauf der Krise an Angriffen und Einschnitten bevorsteht, hat das nichts zu tun. Bereits in den letzten 20 Jahren wurde der sozialdemokratischen Parlamentstätigkeit und der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik der Boden entzogen. Die herrschende

Klasse sah sich nicht mehr in der Lage und – nach dem Ende des sozialistischen Lagers – auch nicht mehr gezwungen, die Sozialpartnerschaft mit Zugeständnissen an die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften zu belohnen. Die Suppe wird dünner, die das Kapital angesichts spärlicher fließender Profite seinen Lohnarbeitern serviert, während die Zahl derjenigen, die überhaupt nicht mehr an dem spärlich gedeckten Tisch Platz nehmen dürfen, rasant steigen wird. Die Krise wird die Unternehmer zwingen, ihre Interessen noch aggressiver zu vertreten und durchzusetzen.

*»... jetzt brauchen wir mehr Staat und Märkte, die nach festen Regeln funktionieren. Machen wir uns keine Illusionen: Das wird nicht einfach sein, denn es gibt viele machtvolle Interessen und Interessenten des alten Systems: [Wo ist das neue System?] Sie setzen darauf, dass der Staat*

## **Statt »demokratische Kontrolle« durch den Staat Kontrolle durch die Belegschaften**

Im Vorfeld der Demonstrationen am 28. März 2008 wurde, neben zahlreichen sozialen auch eine Reihe von politischen Forderungen erhoben. Soweit sie aus dem Lager der Gewerkschaftslinken, der Linkspartei, von attac etc. stammen zielen sie in eine ähnliche Richtung. Stellvertretend sei hier aus dem Aufruf zum 28. März zitiert: »Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen; Banken, die dort arbeiten müssen bestraft werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. ...»

Als Adressat der Forderungen, soweit überhaupt einer benannt wird, bleibt nur abstrakt die Gesellschaft, worunter die Autoren offensichtlich den Staat und seine Institutionen verstehen. Die Klassenfrage wird ebenso ausgeklammert wie die Eigentumsverhältnisse. So werden die erhobenen Forderungen bestenfalls ein Wunsch bleiben – nach einer am Gemeinwohl orientierten, sozial gerechten Gesellschaft. Aber diese Wünsche vernebeln den Blick auf die Realität und führen politisch in die Irre.

Die Wirtschaft und die Banken – ob im privaten oder öffentlichen Besitz – sind gezwungen den Gesetzen des Marktes zu folgen. Solange dieser ein kapitalistischer ist, bestimmt er auch das Ziel aller wirtschaftlicher und finanzieller Bestrebungen, die Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns. Die Produktionsverhältnisse, die private Aneignung bei gesellschaftlicher Arbeitsteilung, bestimmen die Verteilung und den Austausch. Die Märkte, über die der private Austausch läuft, waren im Übrigen schon immer durch nationalstaatliche Bestimmungen, internationale Abkommen usw. bestimmten Regeln unterworfen. Die hatten dem Kapital als solchem (dem Erhalt seiner Ordnung) zu dienen, und nicht einzelnen Kapitalien oder Kapitalgruppen – was es durchaus auch gegeben hat. Aber die Märkte kontrollieren kann der Staat auch mit Regeln nicht. »Kontrolle von Märkten ist ein Widerspruch in sich. Märkte bestehen aus den unbekanntem Wirkungen unbekannter Entscheidungen einer unbekanntem Zahl von unbekanntem Leuten, die auf unbekanntem private Rechnung handeln. Märkte sind ihrer Natur nach unkontrollierbar, weil anarchisch.« (Rainer Roth)

Das öffentliche Interesse oder das Gemeinwohl, an das mit solchen Forderungen appelliert wird, spaltet sich auf in Klasseninteressen. Die stehen sich immer

unversöhnlicher gegenüber, wobei sich die herrschende Klasse des Staates bedienen kann und davon ja reichlich Gebrauch macht – siehe nur die Milliardensummen um ein Zusammenbruch des Finanzmarktes zu verhindern. »Da die Rettungsprogramme für Banken und Wirtschaft überwiegend mit Staatsschulden bezahlt werden, liefert sich auch der Staat immer mehr seinen Geldgebern und deren oligarchischer Kontrolle aus. Statt eines Prozesses der Demokratisierung sehen wir einen Prozess wachsender »Entdemokratisierung«, wachsender Konzentration in weniger Händen.« (Rainer Roth)

Die Möglichkeit, den Staat für ihre Interessen in Anspruch zu nehmen, haben die Lohnabhängigen nicht. Der Staat tritt ihnen als fremde bzw. feindliche Macht gegenüber; hinter der Fassade als Repräsentant des »Gemeinwohls« wird immer deutlicher sein Klassencharakter sichtbar. Die Kontrolle in den Betrieben und der Wirtschaft ist für uns eine Klassenfrage. Die können wir weder den staatlichen Institutionen noch den Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten oder den Betriebsräten (als Instrumente der Klassenversöhnung) überlassen.

Wenn wir über die unmittelbaren materiellen Tagesfragen hinaus politische Forderungen erheben oder Lösungen aufstellen, dann sollten sie verknüpft sein mit der Infragestellung der Eigentumsverhältnisse und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Ein erster Schritt könnten Forderungen sein, die öffentliche Subventionen binden an Bedingungen wie den Erhalt der Arbeitsplätze, der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vor allem aber an die Kontrolle bei der Verwendung der Gelder durch die Belegschaft.

Kontrolle aber ist eine Frage von Kraft und Macht – nur wenn Belegschaften den Klassenkampf um ihre unmittelbaren Interessen aufnehmen, werden sie den nötigen Druck ausüben können. Ansonst wird über die Verwendung öffentlicher Finanzspritzen hinter verschlossenen Türen zwischen Eigentümern, Banken und Vertretern der Regierung entschieden – über und gegen die Betroffenen. Deren »Vertreter« in den Gewerkschaften und Betriebsräten dürfen dann als Sprachrohr fungieren, das die Belegschaften auf die beschlossenen Einschnitte und Sparmaßnahmen einstimmt.

**Rainer Roth hat sich in »Finanz- und Wirtschaftskrise – Krise des Kapitalismus« sehr fundiert und verständlich auch mit den hier angesprochenen Fragen auseinandergesetzt. Wir fügen deshalb seine Broschüre der aktuellen Arbeiterpolitik bei.**

ihre Verluste sozialisiert, der Gemeinschaft aufbürdet und sie dann nach einer Phase schamvollen Abwartens wieder fröhlich losspekulieren und Gewinne machen können. Darum sollten wir der Politik auf die Finger schauen und genau verfolgen, was aus den vollmundigen Ankündigungen wird. ... Nur der Ausbau des Sozialstaates und eine sozial gerechte Politik, können die Krise so überwinden, dass die Demokratie und damit wir wieder eine gute Zukunft haben: dafür werden wir uns engagieren, dafür müssen wir die Menschen überzeugen, dafür werden wir mobilisieren und demonstrieren und dafür werden wir uns auch bei den kommenden Wahlen engagieren. Denn eine andere Politik kommt nicht von selbst, sondern dafür müssen wir kämpfen.« (Redebau- steine ver.di)

Überwunden werden Krisen durch die massenhafte Vernichtung von Kapital, durch die Eroberung neuer und die bessere Ausbeutung vorhandener Märkte und nicht durch den Aufguss sozialdemokratische Sozialstaatsträumereien. Eine Rückkehr zum »Ausbau des Sozialstaates« und »eine sozial gerechte Politik« kann der Kapitalismus schon aus Selbsterhaltungstrieb in Krisenzeiten nicht zulassen. Selbst die Verteidigung bestehender Löhne und Arbeitsbedingungen gegen die Angriffe des Kapitals erfordert den Klassenkampf, der mit sozialpartnerschaftlicher Rücksichtnahme bricht und vor den Grenzen des rein gewerkschaftlichen Kampfes nicht Halt macht. Weder die Führung der Linkspartei noch ihre Repräsentanten in den Gewerkschaften wollen das und können es auch nicht, solange die entscheidende Voraussetzung fehlt: Druck von den Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen.

Die Zuspitzung der Widersprüche in der Krise lässt nur die Alternative zu, entweder Anpassung und Unterordnung oder Kampf ohne Rücksicht auf bestehende »Sachzwänge«, die stets Ausdruck der bestehenden Wirtschaftsordnung sind. Dem Erhalt der »sozialen« Marktwirtschaft fühlen sich aber auch die »sozialdemokratischen Traditionalisten« verpflichtet. In den gewerkschaftlichen Tagesfragen sind sie deshalb gezwungen, den »Modernisierern« zu folgen. Eine praktische Alternative zum Kurs der Anpassung und Unterordnung durch die Vorstände von IGM, IG BCE und Transnet stellen die Vorstellungen aus dem Bereich Wirtschaftspolitik von ver.di nicht dar.

### Vom Co-Management zur Betriebsgemeinschaft

Berthold Huber: »Ziel der IG Metall ist die Sicherung der Arbeitsplätze der Standorte bei Continental und Schaeffler. Diese Vereinbarung ist ein Grundstein für eine gute Zukunft der Unternehmensgruppe. Wir fordern alle Beteiligten auf, in gleicher Weise und auf Basis der vereinbarten Grundsätze mit Vehemenz ebenfalls an dieser Zukunft zu arbeiten.« Die Gesellschafter werden die Mitbestimmung für Schaeffler auf den Weg bringen, unabhängig davon, welche Rechtsform der Unternehmensverbund zukünftig haben wird. Auch werden die Gesellschafter sich von Teilen ihrer Beteiligung an der Schaeffler Gruppe trennen, um damit einen Beitrag zum Schuldenabbau zu leisten. Die IG Metall wird sich dafür einsetzen, dass die Familie Schaeffler auch zukünftig als wesentlicher Ankergesellschafter der Gruppe erhalten bleibt. Beide Seiten betonen in dem Papier die industriepolitische Sinnhaftigkeit des Zusammenschluss von Continental und Schaeffler.« (aus der gemeinsamen Presserklärung von Schaeffler und IGM)

Nachdem die Familie Schaeffler sich bei der Übernahme von Continental erhoben hat und angesichts der Krise unterzugehen droht, holte sie die IG Metall ins Boot. Sie soll den Forderungen nach staatlicher Hilfe das notwendige politische Gewicht gegenüber der Regierung verleihen nachdem die milliarden schwere Familie sich in der Öffent-



lichkeit gründlich diskreditiert hatte. Der IGM-Vorstand nahm die ihm zugetragene Aufgabe an und schlüpfte in die Rolle des »Mitunternehmers«. Der Familie »Schaeffler als wesentlicher Ankergesellschafter« verbleibt ihr Vermögen (für die notwendige Sanierung fließen ja Steuergelder); die IG Metall erhält ein paar neue Aufsichtsratsposten; die Belegschaft wird mit unverbindlichen Erklärungen abgepeist. »Beide Seiten werden alles dafür tun, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Sie werden gemeinsam an einer Strategie arbeiten, mit der die Standorte gesichert und weiterentwickelt werden können«, heißt es in der gemeinsamen Vereinbarung.

In der neu aufgelegten Gemeinschaft von Unternehmen und Gewerkschaften nimmt Michael Schlecht, Vorstandsmitglied der Linkspartei und Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei ver.di folgende Position für sich in Anspruch: »Wir haben uns auch früh dafür eingesetzt, dass Unternehmen in dieser Krise nicht einfach nur verstaatlicht werden, sondern dass auch die Beteiligungsrechte der Beschäftigten gewährleistet sein müssen. Auf diesen Spuren wandelt ja zur Zeit die IG Metall in Tateinheit mit der Schaeffler-Gruppe. Das ist ein Stück weit bei uns vorgedacht.« (Interview mit der Jungen Welt, 26.2.2008)

So enden manche Repräsentanten der Linkspartei im politischen Tagesgeschäft auf dem Niveau der Regierung-SPD. Die Linke unterstützte den Bankenrettungsplan im Grundsatz ebenso wie die verschiedenen Konjunkturmaßnahmen der Regierung, an denen sie lediglich den Umfang und die soziale Unausgewogenheit zu beanstanden hatte. Jetzt machen sie sich zusammen mit dem IGM-Vorstand und den Co-Managern in den Konzernbetriebsräten zu Bittstellern der Regierung.

### Statt Standortsicherung und Konkurrenz: Solidarität im Kampf für gemeinsame Klasseninteressen

Ohne gewerkschaftliche, d.h. überbetriebliche, wenigstens auf die Branche bezogene Interessenvertretung, bleiben die Belegschaften Anhängsel im Konkurrenzkampf der Konzerne untereinander. Sie werden zur Manövriermasse, die selbst innerhalb eines Unternehmens gegeneinander ausgespielt werden. Die IG Metall hat diesem Spiel mit dem »Pforzheimer Abkommen«, mit Beschäftigungssicherungsverträgen, mit den zahlreichen Ausnahmeregelungen unterhalb des Flächentarifvertrages Vorschub geleistet.

In der Vergangenheit sind die Belegschaften diesen Weg zumeist mitgegangen. Widerstand entwickelte sich in der Regel erst, nachdem die Hoffnungen mit Zugeständnissen (Lohnverzicht, Arbeitsintensivierung, »sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau«) »ihren« Standort retten zu können, durch die Schließungsbeschlüsse der Unternehmensleitungen zerstört worden waren.

Eine derartige gewerkschaftliche Anpassung und Unterordnung, wie von Betriebsratsspitzen und Gewerkschaftsapparaten favorisiert, wird sich in der Krise noch

verheerender auswirken. Zugleich reifen aber auch die Bedingungen heran, die solche Hoffnungen gründlich und schmerzlich widerlegen werden.

Was die Arbeiterklasse und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nicht wollen, das bringen Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre in zahlreichen Erklärungen und Reden zum Ausdruck, wenn sie »die Sozialisierung der Verluste und die Privatisierung der Gewinne« anprangern. Aber die Ablehnung einer solchen »Krisenlösung« von oben bringt noch keinen Schritt voran, wenn sich die Arbeiterklasse nicht Klarheit verschafft, was sie an dessen Stelle setzen will. Ansonsten bleibt sie Gefangene kapitalistischer Sachzwänge, wie es am geschilderten Beispiel von Schaeffler deutlich wird, wo der IG Metall kaum mehr einfällt, als nach staatlicher Finanzierung verschuldeter Konzerne – sprich nach Sozialisierung der Verluste – zu rufen. Was sie in Worten kritisieren wird zur täglichen gewerkschaftlichen Praxis um die Arbeitsplätze zu »retten«.

### **Sozialisierung der Gewinne statt Plünderung der öffentlichen Haushalte**

Wir können keine Alternative benennen, wenn wir nicht die Eigentumsverhältnisse, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, zum Thema machen. Eine Lösung, bei der die Krisenlasten nicht auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden, kann nur in der »Sozialisierung der Gewinne«, d.h. in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, liegen. Damit wäre die Voraussetzung gegeben, umzustellen von der Profitwirtschaft auf eine Wirtschaft zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs.

Diese Zielsetzung wird nicht allein durch Aufklärung und Propaganda Anhänger in breiteren Kreisen der Lohnabhängigen finden. Sie muss sich auch als Konsequenz der eigenen Erfahrungen in den bevorstehenden Klassenkämpfen ergeben. Voraussetzung, um die ersten Schritte in diese Richtung gehen zu können, ist

1. dass Belegschaften den Kampf aufnehmen gegen die Abwälzung der Krisenlasten und die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze;
2. dass sie sich in diesen Auseinandersetzungen hinwegsetzen über die Gängelung durch die Gewerkschaftsapparate, die sie auf das »Gemeinwohl« verpflichten als auch an das Unternehmensinteresse binden wollen.

Dabei können wir auf eine Reihe von Erfahrungen der letzten Jahre zurückblicken, auch wenn nicht alle Auseinandersetzungen so erfolgreich wie in Bellinzoa\* verlaufen sind und mit enttäuschenden Niederlagen (AEG in Nürnberg, CNH in Berlin) oder mit einem heftig kritisierten faulen Kompromiss (BSH in Berlin) endeten. Gerade aus Niederlagen, aus den Unzulänglichkeiten der Arbeitskämpfe können wir Lehren für die Zukunft ziehen.

Eine entscheidende Lehre ist, dass ohne die praktische Solidarität anderer Belegschaften und Bevölkerungsteile solche Kämpfe nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt werden können. Das aber setzt voraus, dass wir die gemeinsamen Klasseninteressen in diesen Auseinandersetzungen politisch zum Ausdruck bringen. Die BSH-Belegschaft hatte damit begonnen, indem sie beispielsweise Hartz IV oder die Forderung nach einem unbeschränkten Streikrecht mit zum Bestandteil ihres Arbeitskampfes machte. Mit dem

\* Im Ausbesserungswerk der Schweizerischen Bundesbahn in Bellinzoa (im Tessin, nahe der italienischen Grenze) gelang es der Belegschaft vor knapp einem Jahr, den Standort und alle Arbeitsplätze zu erhalten. Sie hatten während des Arbeitskampfes den Betrieb besetzt, ein eigenes Streikkomitee gewählt und der zuständigen Gewerkschaft untersagt, für sie über einen Sozialplan zu verhandeln. Die Bevölkerung im Tessin, eine in der Schweiz vernachlässigte Region, stand hinter der Belegschaft und verschaffte ihrem radikal geführten Arbeitskampf politischen Rückhalt.

Marsch der Solidarität hat sie versucht, eine soziale Bewegung in diese Richtung anzustoßen. Die ist heute notwendiger denn je.

14.03.2009 ■

## **August Thalheimer:**

### **Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie**

In der 1928 erschienenen Broschüre setzt sich Thalheimer mit der vom Hamburger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) herausgegebenen Losung von der »Wirtschaftsdemokratie« auseinander.

Aus dem Inhalt:

1. Ist Wirtschaftsdemokratie überhaupt möglich?
2. Das Eindringen in die Organe der kapitalistischen Monopole
3. Was sind öffentliche Betriebe im bürgerlichen Staat?
4. Die Grenzen der Arbeitergenossenschaften
5. Arbeiterschutz und Arbeiterrecht als »Keimzellen« der Wirtschaftsdemokratie
6. Die allgemeinen Voraussetzungen, Zwecke und Aussichten der wirtschaftsdemokratischen Ideologie

*»Die Demokratie oder sogenannte Volksherrschaft stammt aus dem politischen Überbau, sie bezeichnet eine Form der politischen Herrschaft oder der politischen Organisation. Was hat das mit der Wirtschaft zu tun? Absolut nichts! Die entscheidende Frage über das Wesen einer Wirtschaftsweise ist die: Welche Klasse verfügt über die Produktionsmittel und daher über den Mehrwert und seine Teile? Ob die Klasse, die über die Produktionsmittel verfügt, demokratisch, monarchisch oder oligarchisch politisch organisiert ist, das ist gänzlich unerheblich für die Beurteilung des Grundcharakters der Wirtschaft.« (AUGUST THALHEIMER)*

Der Kurs der sozialdemokratischen ADGB-Führung, die glaubte durch eine Integration der Gewerkschaften in die bürgerliche Gesellschaftsordnung deren Einfluß und Macht schrittweise ausdehnen zu können, endete am 2. Mai 1933 mit der Vernichtung der freien Gewerkschaften.

Nach 1945 ließ die DGB-Führung die alten Konzepte und Vorstellungen wieder aufleben. Sie besetzte den Gewerkschaften zahlreiche Aufsichtsratsposten, etliche Arbeitsdirektoren (z.B. Herrn Hartz bei VW), die Beteiligung in den Vorständen der gesetzlichen Krank- und Rettenkassen, bei den Arbeitsämtern usw.

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise erleben Vorstellungen über eine demokratische Kontrolle von Wirtschaft und Märkten, über den Ausbau der Mitbestimmung eine neue Konjunktur. Die geschichtlichen Erfahrungen werden ebenso ausgeblendet, wie der Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

*1981 wurde ein Nachdruck von Thalheimers Broschüre herausgegeben. Er enthält neben dem Vorwort auch ein Nachtrag zur Montanmitbestimmung nach 1945. Bestellungen für ??,- Euro bitte an die Redaktionsadresse der Arbeiterpolitik:*

*GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg  
e-mail: arpo.berlin@gmx.de*

# Israels jüngste Kriege: Libanon 2006, Gaza 2008/09 – und wie weiter?



Ebenso, wie der Libanon-Krieg kein Krieg gegen die Hisbollah war, sondern ein Krieg gegen die libanesische Bevölkerung, so war der Krieg gegen Gaza kein Krieg gegen die Hamas, sondern ein Massaker an der palästinensischen Bevölkerung. Nachdem die israelische Armee im Libanon in der Hisbollah einen kampfstarken Gegner fand, den sie nicht überwinden konnte, kühlte sie im Gazastreifen ihr Mütchen an einer durch fast dreijährige Blockade geschwächten Bevölkerung, deren Kämpfer nur über leichte Bewaffnung verfügten und die keine territorialen Rückzugsmöglichkeiten hatten. Das Ergebnis waren über 1300 getötete Palästinenser, zerstörte Häuser, Felder, Infrastruktur. Der Zeitraum: Kurz vor dem Ausscheiden George W. Bushs, kurz vor dem Amtsantritt Barack Obamas und den Februar-Wahlen zur Knesset.

## Die Bedingungen des Friedens

In einem Interview mit der israelischen Zeitung »Jediot Ahronot« Ende September 2008 erklärte Ministerpräsident Olmert, Israel müsse »aus fast allen Gebieten, wenn nicht aus allen« abziehen, wenn es ein Abkommen mit den Palästinensern wolle. Was Israel von den besetzten Gebieten behalten wolle, müsse anderswo ersetzt werden, sonst gebe es keinen Frieden. Teile von Jerusalem müssten zurück gegeben werden und man müsse sich vom Golan zurück ziehen. Olmert bekannte, er sei 35 Jahre lang »unwillig gewesen, die Wirklichkeit in all ihrer Tiefe zu sehen«.<sup>1</sup>

Auch, wenn unterstellt wird, dass Olmert mit seinen damaligen Äußerungen Koalitionsverhandlungen der neuen Kadima-Vorsitzenden Außenministerin Livni torpedieren wollte, so ist doch nicht anzunehmen, dass seine Worte im Widerspruch zu seinen Überzeugungen stehen. Dafür spricht, dass Olmert bereits Anfang Dezember 2007 die Möglichkeit ansprach, die Palästinenser könnten einen binationalen Staat fordern, falls ihnen auf absehbare Zeit ein eigener Staat verweigert werden würde. Ein solcher Staat

würde nach Olmerts Worten »das Ende Israels« als eines jüdischen Staates bedeuten.<sup>2</sup>

Diese »Erkenntnisse« führten und führen gleichwohl zu keiner substantiellen Änderung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern. Warum?

## Hauptgründe, die einem Frieden mit den Palästinensern im Wege stehen, sind folgende:

Der eine Grund ist eher innenpolitischer Natur. Das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO 1993 sah den Stopp des Siedlungsbaus und parallel den Abbau aller bestehenden Siedlungen auf dem Gebiet der Westbank und im Gazastreifen vor. Diese Vereinbarung wurde von Israel nicht eingehalten: Bis zur Camp David-Konferenz im Juli 2000 hatte sich die Zahl der Siedler verdoppelt. Im Februar 1994 ermordete ein israelischer Siedler in Hebron in der Ibrahims-Moschee 29 Menschen; er war in Armee-Uniform gekommen und schoss mit einem Maschinengewehr. Von den flüchtenden Gläubigen wurden sechs weitere von israelischen Soldaten vor der Moschee ermordet. Der Massenmörder fand im Durcheinander nach dem Massaker selbst den Tod. Dreihundert Anhänger folgten zwei Tage später seinem Sarg. Der Rabbi Yaakov Perrin betonte in der Grabrede, es seien »eine Million Araber nicht einen jüdischen Fingernagel wert«.

Es kam daraufhin zur üblichen, folgenlosen Debatte im UN-Sicherheitsrat, mit einer ebenfalls folgenlosen UN-Resolution (Nr. 904/1994), die bei Stimmenthaltung der USA angenommen wurde. Der damalige israelische Ministerpräsident Rabin gebrauchte starke Worte gegen die Siedler, denen er vorwarf, »eine Schande für den Zionismus, eine

2 zit. n. Shlomo Swirski, Adva Center, The Burden of Occupation – The Cost of the Occupation to Israeli Society, Polity and Economy, 2008. Das Adva-Center – Information on Equality and Social Justice in Israel – entstand nach eigenen Angaben 1991 aus sozialen Bewegungen, die für die Rechte der Juden aus dem NMO (Mizrahim) und der arabischen Israelis eintraten und der feministischen Bewegung. Programmatisch steht Adva für Aktion und gesellschaftliche Analyse. Nähere Einzelheiten unter: [www.adva.org](http://www.adva.org)

1 Jörg Bremer in der FAZ vom 30. September 2008

*Peinlichkeit für die jüdische Religion*« zu sein. Aber das waren nur Worte. Der Oberrabbiner Schlomo Goren erklärte, dass die Räumung der Siedlungen »uns zwingen würde, bis zum Tode Widerstand zu leisten«. Das war die Drohung mit dem Bürgerkrieg, die bis heute im Raum steht. Die Regierung Rabin legte daraufhin den Oslo-Prozess zu den Akten, die Siedler hatten gesiegt. 1995 wurde Rabin bei einer öffentlichen Kundgebung von einem israelischen Gegner der Oslo-Vereinbarungen erschossen.

Unter allen nachfolgenden Regierungen wurde der Siedlungsbau fortgesetzt, mal schneller, mal langsamer. Damit erhöhte sich das politische wie auch das militärische Gewicht der Siedler kontinuierlich. Die Verschränkung zwischen dem israelischen Militär, das für den Schutz der Siedlungen zuständig ist und den Siedlern, mit denen die Soldaten eng zusammen arbeiten, wird dauerhaft. Für die israelischen Parteien der Rechten, wie Likud (Benjamin Netanjahu) oder Israel Beitenu (Avigdor Lieberman), steht die weitgehende oder vollständige Annektierung der Westbank auf dem Programm. Die politische Plattform des Likud von 1999 lehnt die Bildung eines Palästinenserstaats grundsätzlich ab und will die jüdischen Siedlungen in der Westbank auf Dauer erhalten. Außerdem sollen die syrischen Golanhöhen auf Dauer annektiert und verstärkt von jüdischen Siedlern in Besitz genommen werden. Auch das arabische Ostjerusalem soll Israel unterworfen bleiben. Hier wird zum Programm, was davor bereits (und danach noch immer) herrschende Politik war.

Den zweiten Hauptgrund formuliert Shlomo Swirski wie folgt: »Die Mehrheit der Menschen in Israel wurde hier nach 1967 geboren oder wanderte danach ein. Die »Grüne Linie« (die Grenze zu den palästinensischen Gebieten) hat für sie keine Bedeutung. Sie sehen den Widerstand der Palästinenser als Zeichen blindwütiger Feindschaft, und nicht als Ausdruck des Wunsches nach einem Ende der Besatzung und einem Leben in einem unabhängigen Staat.« (Swirski, S. 7)

Drittens ist von sehr konkreter Bedeutung für das Verhältnis zwischen Israel und Palästinensern die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Israel in ethnografischer Hinsicht: Etwa zeitgleich mit der Inkraftsetzung des Osloer Abkommens gelangte die israelische Wirtschaft in eine Situation, die ihre Abhängigkeit von der Zufuhr billiger Arbeitskräfte aus Westjordanland und Gaza stark verminderte. Dies geschah beispielsweise in den Sektoren Landwirtschaft, Bau, Alten- und Krankenpflege sowie Hauswirtschaft, in denen nunmehr Personal besonders aus Südostasien und Südosteuropa eingesetzt wird. Der wichtigste Faktor, der auch politische Konsequenzen nach sich zog, war aber die massive Einwanderung jüdischer Menschen aus dem Bereich der aufgelösten Sowjetunion. Viele von diesen zogen zwar nach einigen Jahren desillusioniert weiter, z. B. in die USA, aber relativ viele blieben in Israel und stellen gegenwärtig etwa 18 % der Bevölkerung des kleinen Landes. Naomi Klein stellt die Wirkung dieses Zuwachses folgendermaßen dar: »Im Gegensatz zu den palästinensischen Arbeitskräften, deren Präsenz in Israel das zionistische Projekt in Frage stellte, weil sie an den israelischen Staat Ansprüche auf gestohlenen Land und staatsbürgerliche Gleichberechtigung stellten, leisteten die Russen, die in dieser kritischen Phase zu Hunderttausenden einwanderten, den zionistischen Zielsetzungen Vorschub, weil sie sowohl das Zahlenverhältnis zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung deutlich verschoben als auch ein neues Reservoir billiger Arbeitskräfte darstellten.«<sup>3</sup> Seit 1993 verschärfte Israel seine Abriegelungspolitik gegenüber Westjordanland und Gaza. Die vom Osloer Abkommen versprochene Öffnung der Märkte lief an den Palästinensern vorbei, führte vielmehr zu wach-

sender Erwerbslosigkeit und verschärfter Armut, zu einer insgesamt hochgradig depressiven Situation, in der die Hamas im Gaza-Streifen zur Regierung gelangte. Auf der anderen Seite -in Israel- bildet die neu entstandene Unterschicht billiger Arbeitskräfte aus der ehemaligen Sowjetunion eine zusätzliche Massenbasis rechter Parteien, insbesondere Israel Beitenu (Avigdor Lieberman), die eine radikale Lösung in den palästinensischen Gebieten anstreben.

Der letzte hier festzustellende Hauptgrund trägt eher internationalen Charakter: Seit seiner Gründung 1948 ist der jüdische Staat Israel ein Fremdkörper in einer muslimisch geprägten arabischen Welt. Von einer kurzen, unbedeutenden Episode sozialistischer Kibbuz-Romantik abgesehen, verstand sich der Staat und seine Regierungen als Bestandteil der westlich-kapitalistischen Welt. In dieser Rolle wurde er von den USA und den europäischen Nato-Staaten, vor allem der Bundesrepublik, wirtschaftlich und militärisch erheblich gefördert: Nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses summierten sich die US-Finanzhilfen für Israel von 1949 bis 2007 auf über 101 Milliarden US-Dollar. Kritische US-Wissenschaftler schätzen die Höhe der Hilfen auf eher über 150 Milliarden US-Dollar. Das sind gewaltige Summen für einen Staat von heute etwa über 7 Millionen Einwohnern.

Während der Blockkonfrontation war Israel der »unsinkbare Flugzeugträger« der USA im Nahen und Mittleren Osten (NMO). Auch nach dem Ende der Sowjetunion besteht Israels Bedeutung für die amerikanische Politik vor allem in seiner militärischen Überlegenheit gegenüber den arabischen Nachbarn, die es mit seinem Bedrohungspotential unter Kontrolle zu halten sucht. Mit tatsächlichen oder angenommenen Spannungen zwischen den USA und den arabischen Staaten steht und fällt die Bedeutung Israels für seine Partner in den Industriestaaten des Westens. Das führt dazu, dass Konflikte im NMO Israels Bedeutung erhöhen, während umgekehrt das Abebben der Konflikte die Bedeutung Israels mindern würde. Auch die Handelsbeziehungen Israels spiegeln seine anhaltend schlechten Beziehungen zu den arabischen Staaten: Fast zwei Drittel seiner Exporte gingen 2006 in die USA und die EU und es bezog von dort etwa die Hälfte seiner Importe. Als nächstgrößere Handelspartner erscheinen in der Statistik die Schweiz, China und Indien. Arabische Länder firmieren unter ferner liefen. So sieht nicht das Handelsprofil eines Landes aus, das zu seinen Nachbarn gute Beziehungen unterhält. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Auslandsinvestitionen: Ausländische Investitionen in Israel (inflows) kamen überwiegend aus den USA und Kanada, in den letzten Jahren auch aus der EU; israelische Auslandsinvestitionen (outflows) gehen in die Gegenrichtung. Da die Konfrontationspolitik Israels im NMO sich scheinbar lohnt, sieht es offenbar auch keinen Grund, davon abzurücken. Israels Politik beschränkt sich allerdings nicht darauf, die wirtschaftliche und politische Entwicklung seiner Nachbarn nicht zu fördern. Sie besteht auch darin, eine solche Weiterentwicklung aktiv zu verhindern. Dazu gehört die Verteufelung von politischen Bewegungen in der arabischen Welt, wie es die Muslimbruderschaften in Ägypten und Jordanien, die Hamas in Westbank und Gazastreifen, oder die Hisbollah im Libanon sind, als Terroristen.

### Die Kosten der Besetzung für Israel

Es sind in erster Linie die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen, welche die Kosten der israelischen Besetzung bzw. Blockade zu tragen haben, durch Enteignung

3 Naomi Klein, Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, New York/Toronto 2007, hier: deutsche Übersetzung, Taschenbuchausgabe, Frankfurt 2009, Seiten 608 – 612



von Land und Gebäuden, durch die Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten und vor allem durch die große Zahl der von der Besatzungsmacht vertriebenen, verschleppten und ermordeten Menschen. Einen hohen Preis zahlen auch die Anrainerstaaten, insbesondere Libanon und Syrien, denn die anhaltenden Konflikte mit Israel beruhen ursächlich auf der fortgesetzten Okkupationspolitik in der Westbank.

Aber auch der Staat Israel muss für seine martialische Politik einen hohen Preis zahlen. Nicht nur in ökonomischer Hinsicht, also für einen ausgedehnten Militär- und Polizeiapparat, sondern auch in Bezug auf seinen inneren politischen Zustand.

Während der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Sechstage-Krieg von 1967 bis 1987 waren die laufenden Kosten für die Besetzung des Gazastreifens, der Westbank und der Golanhöhen für Israel vergleichsweise gering. Das änderte sich radikal mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987. Allerdings gab und gibt es stets individuelle Gewinner in der israelischen Bevölkerung: Geschäftsleute und Siedler, die gestohlenen palästinensischen Land und Immobilien zu Schleuderpreisen erwerben; Unternehmer und ihre Beschäftigten, die als Quasi-Monopolisten zollfrei und mit geringen Transportkosten die besetzten Gebiete beliefern; ferner kleine und größere israelische Kapitalisten, die palästinensische Arbeitskräfte für Niedrigstlöhnen ausbeuten.

Die israelische Gesellschaft bezahlte die Siege ihrer Armee seit 1967 allerdings teuer: Waren zur Sicherung der israelischen Grenzen vor dem Sechstage-Krieg lediglich acht militärische Kompanien erforderlich, so waren es danach 92 Kompanien, welche die neuen Grenzen sichern mussten. Hinzu kam die Aufgabe, den aufkeimenden Widerstand innerhalb der besetzten Gebiete niederzuhalten, die Grüne Linie, also die Grenze von 1949, zu kontrollieren, sowie die jüdischen Siedlungen und die Siedler zu schützen. Allein für die Mauer, die angeblich Israel vor Suizid-Angriffen aus der Westbank schützen soll, werden etwa 3,7 Milliarden USD veranschlagt.<sup>4</sup> Der Militärhaushalt wird in Israel geheim gehalten – auch vor den Abgeordneten der Knesset. Lediglich eine ausgewählte Kommission aus den Reihen des Parlaments erhält Einblick in die Zahlen. Deshalb ist es nicht möglich, die militärischen Aufwendungen für das Besatzungsregime genau zu beziffern. Aufgrund eines Sonderberichts für den Knesset lässt sich allerdings erkennen, dass in den Jahren der zweiten Intifada der Militärhaushalt erhebliche Ergänzungszuweisungen (supplements) erhielt, 2003 und 2004 jeweils um 12,4 respektive 11,7 Prozent. Der Haushalt des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, das für die Polizei zuständig ist, verdoppelte sich von 1994 bis 2005 auf 7,57 Millionen NIS (ca. 2,2 Millionen USD).<sup>5</sup>

## Die Ergebnisse

Aus Sicht der herrschenden Klasse Israels wird die Bilanz der verschärften Repression gegen die Palästinenser wahrscheinlich positiv ausfallen. Zwischen 1987 und 2007 wurden zwar 5.989 Palästinenser und 1.449 Israelis bei den Auseinandersetzungen getötet, aber die Relationen verschoben sich zunehmend zugunsten Israels: Kamen in den ersten Jahren der zweiten Intifada 2001/2002 auf 4,7/10,3 getötete Palästinenser 1,9/4,2 getötete Israelis, so verschob sich das Verhältnis nach dem Rückzug aus Gaza 2005 und dem Mauerbau auf 6,6 zu 0,2 im Jahr 2006 und auf 3,8 zu 0,1

<sup>4</sup> Würde der Sperrwall der Grünen Linie, also der international anerkannte Landgrenze Israels, folgen, so würde seine Länge 313 km betragen. Tatsächlich wird die Mauer im Endstadium 790 km lang sein, weil ihr Verlauf möglichst viele jüdische Siedlungen einschließt, die auf diese Weise Israel einverleibt werden. (Shlomo Swirski, S. 85)

<sup>5</sup> Swirski, S. 81 ff.



DIE ISRAELISCHE ARMEE SETZTE PHOSPHORGESCHOSSE IM KRIEG GEGEN GAZA EIN.

im Jahr 2007. Im Gazakrieg kamen dann etwa 100 ermordete Palästinenser auf einen israelischen Toten.

In der öffentlichen Meinung in Israel spielt Palästina, d. h. die Westbank und der Gazastreifen, nur eine unbedeutende Rolle für die israelische Wirtschaft. Die Adva-Studie zeigt auf, dass die Repression gegen die Palästinenser negative Folgen für die israelische Wirtschaft hatten, allerdings vor allem dann, wenn der palästinensische Widerstand Israel massiv zu treffen vermochte. So hätte nach Berechnungen israelischer Ökonomen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2004 ohne die Intifada um 10 – 15 Prozent höher ausfallen können. Das wirtschaftliche Wachstum Israels zwischen 1997 und 2006 lag nur bei 43 Prozent, verglichen mit 68 Prozent in den USA und Westeuropa. Auch die Auslandsinvestitionen nach Israel, die überhaupt erst seit Oslo bedeutend sind, wurden durch Intifada und Bombenanschläge in Israel beeinträchtigt, verdreifachten sich aber seit 2005. Der Tourismus, ein wichtiger Wirtschaftszweig für Israel erlebte 2002 seinen stärksten Einbruch auf rd. 862 Tausend Besucher; bereits 2007 stieg die Zahl der Touristen auf knapp 2,3 Millionen an.

Die Untersuchung bilanziert die Ergebnisse u. a. wie folgt: »Bei Abschluss der Studie (2008; d. Übers.) erlebt Israel das fünfte Wachstumsjahr in Folge. Dieses Wachstum ist in erster Linie Resultat der Unterdrückung der palästinensischen Aufstände. Auch resultiert es aus dem Rückzug aus dem Gazastreifen... Somit ist das gegenwärtige Wirtschaftswachstum Ergebnis der relativen Ruhe innerhalb Israels.«<sup>6</sup>

Im Licht der Politik der israelischen Regierungen seit 1993 (Oslo) und insbesondere seit 2005 (Gaza-Rückzug, Mauerbau) lassen die o. a. Daten die Vermutung zu, dass Israel die Politik der Scheinverhandlungen und der Repression als erfolgreich ansieht. Der Krieg gegen Gaza 2008/2009 bestätigt die Vermutung; Israel will diesen Weg offenbar weiter beschreiten. Umgekehrt nimmt die Fähigkeit der palästinensischen Bevölkerung ab, sich wirkungsvoll mit direkten Aktionen gegen die israelische Unterdrückung zu wehren.

## Die gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb Israels nehmen zu

Seit dem Sechstage-Krieg 1967 beherrscht das Thema der besetzten Gebiete direkt oder indirekt die politische Diskussion in Israel wie auch die seiner arabischen und iranischen Nachbarn. Es spaltet die israelische Gesellschaft – nicht in solche, die Frieden wollen und andere, die keinen Frieden wollen. Denn Frieden wollen alle. Allerdings definieren die verschiedenen Gruppen die Bedingungen des Friedens unterschiedlich. Und da bestimmte Definitionen für einen Zustand des Friedens für die anderen, d. h. vor

<sup>6</sup> Swirski, S. 112

allem für die Palästinenser nicht annehmbar sind, läuft es am Ende doch darauf hinaus, dass manche Israelis in Wirklichkeit keinen Frieden wollen. Das klingt vielleicht konstruiert und haarspalterisch, aber es bezeichnet ein wichtiges Element der herrschenden israelischen Politik: Wenn die Falken in Israel beweisen können, dass ihre rabiatischen Methoden zum Ziel führen, dann haben sie den Tauben den Wind aus den Segeln genommen und zugleich die Landmasse Israels substantiell vergrößert.

Die soziale Frage rangiert in der israelischen Gesellschaft, wie der Wahlkampf zeigte, deutlich nach der nationalen Frage. Die neoliberalen Reformen des ökonomischen Stabilisierungsplans von 1985, nach einem Jahr mit einer Inflationsrate von 400 Prozent, wurden in Israel unter Premier Schamir, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften (Histadrut) durchgesetzt. Die zweite Runde der Reformen ab 2001 unter Ministerpräsident Scharon und seinem Finanzminister Netanjahu mit massiver Ausdünnung des sozialen Netzes, Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Einschnitten bei den Renten fand bereits ohne Berücksichtigung der Histadrut statt und wurde mit den Erfordernissen des Kampfes gegen die zweite Intifada gerechtfertigt.<sup>7</sup> Die Erholung der Weltkonjunktur nach dem Platzen der High-Tech-Blase 2001 und die Konjunkturentwicklung nach 2005 trugen auch in Israel zu einer Erhöhung des Konsums breiter Bevölkerungsschichten – mit Ausnahme vor allem der israelischen Araber und jüdischer »Modernisierungsverlierer« insbesondere im Dienstleistungssektor – bei.

Worin liegt für die israelische Linke und die Tauben die Alternative? Der Ausgleich mit den Palästinensern, der Aufbau guter Beziehungen, auch Wirtschaftsbeziehungen, zu den Nachbarn – was heißt dies unter den gegebenen Bedingungen?

Ein wirklicher Ausgleich mit den Palästinensern hieße Aufhebung der Blockade des Gazastreifens, Räumung des Westjordanlandes durch die Siedler und Rückkehrrecht für die Vertriebenen und die Flüchtlinge. Dies scheint unter den gegebenen Umständen ohne Bürgerkrieg in Israel kaum realisierbar.

Die Wirtschaftsbeziehungen? – Israel ist integriert in den transatlantischen Wirtschaftsraum, der von den USA und der EU dominiert wird. Seine Wirtschaft ist strukturell und rechtlich auf diesen Raum ausgerichtet; der arabische Wirtschaftsraum, der überhaupt erst erschlossen werden müsste, ist keine Alternative, sondern bestenfalls eine Ergänzung, die über eine lange Zeit hin erst entwickelt werden müsste. Die palästinensische Wirtschaft ist ruiniert, von Israel buchstäblich am Boden zerstört worden. Ein derart ruiniertes Nachbar wäre kein attraktiver Absatzmarkt und bliebe auf absehbare Zeit auch nach einem förmlichen Friedensschluss eine Gefahr für den sozialen Frieden in Israel, es sei denn die Grenzen blieben für palästinensische Arbeiter weiterhin geschlossen. Denn der Arbeitsmarkt in Israel war bereits vor der gegenwärtigen weltweiten Rezession angespannt: Der Einwanderungsschub ab 1990 aus den GUS-Staaten und Äthiopien bedeutete einerseits einen Wachstumsschub für die israelische Wirtschaft, andererseits verdrängten die neu Hinzugekommenen vorwiegend sowohl Palästinenser als auch israelische Araber von ihren Stellen. In absoluten Zahlen stieg die Arbeitslosigkeit in Israel erheblich an; 1990, nach der ersten Intifada, waren 158 Tausend Menschen arbeitslos gemeldet, 2003, nach der

zweiten Intifada, waren es fast 280 Tsd. Für das Jahr 2007 werden rd. 212 Tsd. Arbeitslose (7,3 Prozent) gemeldet, die aktuelle Weltwirtschaftskrise wird die Zahl anschwellen lassen.

Eine Veränderung der Politik gegenüber den Palästinensern und den Arabern würde an der soziale Frage erst einmal nichts ändern, weil die kapitalistischen Reformen nach 1985 und 2000 nicht in erster Linie durch die Besetzungen bzw. die Intifadas bewirkt wurden, sondern durch die Eingliederung in den Washingtoner Konsens, d. h. die politisch-ökonomischen Prinzipien der Regierungen Ronald Reagan, USA, und Margret Thatcher, GB.

Oberflächlich gesehen, sieht es nach einem klaren Punktsieg für die israelische Rechte aus. Der dauernde Kriegszustand schweißt die sozialen Klassen zusammen bzw. er bewirkt die Unterordnung der Lohnabhängigen unter die Staatsraison. Und er fördert, da eine gerechte Lösung in den Sternen steht, ein gesellschaftliches Klima, das zwischen Flucht ins Private und politischem Extremismus schwankt.

Die Wahlen zur 18. Knesset am 10. Februar 2009 bestätigen diese Vermutung. Die im israelischen Parteienspektrum als rechts bezeichneten Parteien gewannen 65 von 120 Mandaten, die als links bezeichneten 55. Die Wahlbeteiligung war mit 65,2 Prozent höher als in den Wahlen von 2006 (62,3), lag jedoch unter der von 2003 (68,5). Kadima, Spitzenkandidatin Tzipi Livni, gewann 28 Mandate (2006: 29), Benjamin Netanjahus Likud erhielt 27 Mandate (2006: 12). Neben Likud war Israel Beitenu, Spitzenkandidat Avigdor Lieberman, mit 15 Mandaten (2006: 11) Wahlgewinner. Die Arbeitspartei von Kriegsminister Ehud Barak verlor erheblich; statt 20 Mandaten 2006 nur noch 13 in diesen Wahlen.

Unter diesen Voraussetzungen wäre eine Regierung der Rechten unter Führung von Netanjahu grundsätzlich möglich, die das Siedlungsprogramm in der Westbank und auf den Golanhöhen forciert und die vor allem auf militärische Aggression setzt. Eine solche Politik birgt aber die Gefahr der Isolation von den USA in sich. Dagegen steht die Möglichkeit einer Koalition, welche die bisherige Politik Israels im Wesentlichen weiterführt, oder, wie Uri Avnery es ausdrückt: »...Im besten Falle wird der Affentanz mit sinnlosen Verhandlungen weitergehen, werden im Stillen die Siedlungen weitergebaut, wird Barack Obama an der Nase herumgeführt und die Pro-Israel-Lobby mobilisiert werden, um jeden wirklichen amerikanischen Schritt in Richtung Frieden zu torpedieren. Es wird so weitergehen wie vorher.«

Eine Abkehr vom »Weiter-wie-Bisher« erhoffen sich einige Publizisten in Israel von einer Stärkung des linken Lagers – aber wie sollte es dazu kommen, wenn diese Linke innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen keine realistische Alternative vorweisen kann?

Wie auch immer die Regierungsbildung verlaufen wird: Ein Frieden Israels mit den Palästinensern und seinen Nachbarn ist nicht in Sicht. Eine Korrektur der Haltung von USA und EU gegenüber Israel wird wahrscheinlich nur in dem Maße erfolgen, wie eine wirtschaftliche und politische Modernisierung der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens mit ihren über 550 Millionen Einwohnern stattfindet, und sich dadurch die internationalen Rahmenbedingungen verändern. Erst dann wird es einen äußeren Druck auf Israel geben, der es zur Änderung seiner Politik bewegt. Bis es so weit ist, wird Olmerts Warnung Wirklichkeit geworden sein: Ein jüdischer Staat Israel ist dann nicht mehr möglich.

23.02.2009 ■

<sup>7</sup> »Die Intifada gestaltete den wirtschaftlichen und fiskalischen Notstandsfall... Im Nachhinein wird deutlich, dass die Kabinette unter Scharon diese historische Gelegenheit ergriffen, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen.« Swirski, S. 123

## Gaza – Hunger als Waffe

(Übersetzung eines Artikels von Peter Beaumont, Gaza, aus: *www.guardian.co.uk*, 1. Februar 2009)

Den 1,5 Millionen Einwohnern Gazas droht eine Ernährungskrise als Folge der Zerstörung großer landwirtschaftlicher Flächen während der Invasion Israels.

Nach Angaben des Welternährungsprogramms, der UN Food and Agriculture Organisation (FAO) und palästinensischer Behörden, wurden nach zwei Jahren wirtschaftlicher Abschnürung des Gaza-Streifens durch die drei Wochen andauernden Angriffe Israels zwischen 35 und 60 Prozent der Agrarwirtschaft des Landes zerstört.

Die zuständige Direktorin des Welternährungsprogramms, Christine van Nieuwenhuysse, sagte: *»Wir hören gegenwärtig, dass im Norden, wo der Schwerpunkt der Landwirtschaft lag, 60 Prozent der Flächen ausgefallen sind. Für mich klingt das wie eine Katastrophe. Es betrifft nicht nur Anbauflächen, sondern auch die Geflügelzucht.*

*Wir hatten in Gaza niemals volle Lebensmittelrationen verteilt, sondern nur Aufstockungsrationen. Selbst für den Fall, dass die Ackerflächen wieder bestellt werden können, ist es in den nächsten sechs bis acht Monaten ausgeschlossen, dass Gaza seinen Nahrungsmittelbedarf wieder selbst decken könnte. Wir müssen daher jetzt volle Rationen ausgeben.«*

Nach Schätzungen der FAO haben 13.000 Familien, die von Viehhaltung, Ackerbau und Fischerei leben, schwere Verluste erlitten. *»Vor der Blockade (im Jahr 2006; d. Übers.) und dem Krieg«,* erläutert der Leiter der Landwirtschaftlichen Entwicklungsgemeinschaft Gaza, die örtlicher Programmpartner von ausländischen Wohlfahrtsorganisationen wie Britain's Christian Aid ist, *»konnten wir die Hälfte unseres Nahrungsmittelbedarfs selbst decken. Nun sind es nurmehr 25 Prozent. Außerdem hängt ein Viertel der Bevölkerung wirtschaftlich vom Agrarsektor ab. Große Anbauflächen sind heute vollständig zerstört.*

*Wir mussten zusehen, wie die Bauern schleichend aus der Pufferzone an Gazas Grenze gedrängt wurden. Vor 2000 konnten wir uns der Grenze auf 50 Meter nähern und bewirtschaften. Nach der Evakuierung der Siedler dehnte die israelische Armee die Pufferzone auf 300 Meter aus. Jetzt gibt es Gegenden, wo – je nach aktueller Lage – die Bauern sich in einem Streifen von über einem Kilometer bis zur Grenze Gefahren aussetzen, wenn sie dort arbeiten wollen. Das bedeutet indirekte Enteignung durch Angst. Ich fürchte, wenn das so weiter geht, wird es zum Dauerzustand. Man muss dabei bedenken, dass sich über 30 Prozent des fruchtbarsten Landes innerhalb der Pufferzone befindet.«*

Die totale Zerstörung der Anwesen, der Gewächshäuser, der Milch- und Viehwirtschaft, der Geflügelzucht und der Obst- und Olivengärten hat die Nahrungsmittelproduktion schwer getroffen, die bereits durch die vorangegangene Blockade geschädigt war.

Zur bedeutenden agrarischen Infrastruktur zählen auch Gebäude, die während Israels »Operation Geschmolzenes Blei« zerstört wurden: Das Landwirtschaftsministerium war Angriffsziel, die landwirtschaftliche Fakultät der al-Azhar-Universität in Beit Hanoun wurde weitgehend zerstört, und die Büros der Palästinensischen Landwirtschaftlichen Hilfsvereinigung in Zaitoun, die billige Nahrungsmittel für die Armen organisiert, wurden von israelischen Soldaten gestürmt und verwüstet und mit beleidigenden Graffiti verunstaltet.

Wenngleich die internationalen und örtlichen Behörden noch nicht alle Schäden erfasst haben, steht doch bereits fest, dass wahrscheinlich Hunderte von Brunnen und

Trinkwasserquellen beschädigt und mehrere Hundert Gewächshäuser niedergelegt wurden, neben den schweren Schäden an 60 bis 70 Tausend Dunnum von Gazas 175 Tausend Dunnum (ca. 17.800 ha) Ackerland.

Neben den Verheerungen durch die israelischen Bulldozer, Bomben und Granaten wurde die Erde durch die verschossene Munition, darunter auch weißer Phosphor, durch zerborstene Abwasserleitungen, Tierkadaver und Asbest aus den zerstörten Dächern der Häuser verunreinigt. An vielen Stellen haben die Zerstörungen extreme Ausmaße angenommen. In Jabal al-Rayas, einst eine blühende Ortschaft, sind sämtliche Gebäude zerbombt, das getötete Vieh verwest auf den Feldern.

Der 65jährige Aufseher Ahmad Hassan besichtigte in al-Atrata einen Obstgarten, der einst Hunderte von Orangen- und Zitronenbäumen beherbergte und der nun von israelischen Bulldozern eingeebnet ist. Er weist auf einen kleinen Hügel aus Betonüberresten: *»Dies hier war ein Brunnen«,* sagt er. *»Wir können den Schutt in zwei Wochen abräumen. Aber dann? – Der Brunnen ist weg, die Pumpe zerstört. Und woher sollen wir neue Bäume bekommen?«*

Van Nieuwenhuysse sagte: *»Seit Beginn der israelischen Operation hat sich der Fleischpreis bereits verdreifacht. Schlimmer noch steht es mit Gemüse. Die Versorgung mit Proteinen können wir sicher stellen, aber mit einer ausgewogenen Ernährung gab es schon früher Probleme. Nun sind sie vollständig von Israel abhängig.«*

Hassan Abu Etah, der stellvertretende Landwirtschaftsminister von Gaza, sieht das ähnlich: *»Alles ist weitgehend zerstört und betroffen davon ist ganz Gaza, nicht nur die Bauern. Einiges von dem, was wir brauchen, konnten wir in der Vergangenheit selbst herstellen. Man könnte meinen, wir sollten von Produzenten in bloße Konsumenten verwandelt werden.« ...*

## Hamas

Hamas ist ein Zweig der Muslimbruderschaft in Palästina, genauer gesagt, eine Umbenennung. Bis zum Beginn der ersten Intifada 1987 waren die Muslimbrüder auch im Gazastreifen unter ihrem Organisationsnamen aktiv, unter dem sie auch im politischen Leben in Jordanien und Ägypten eine Rolle spielten. Deshalb einige Zeilen zur Muslimbruderschaft vorab:

Gegründet wurde die Muslimbruderschaft 1928 in Ägypten. Ihre Anhänger berufen sich auch heute noch auf die charismatische Führungspersönlichkeit Hasan al-Banna. Das Land war damals formal zwar schon seit 1922 unabhängig, stand aber faktisch noch unter britischer Kontrolle.

Die Muslimbrüder verkörperten eine eigene Richtung des antikolonialen Kampfes, in dem sie sich ebenso von den westlich orientierten wie auch von den sozialistischen Strömungen abgrenzten. *»Im Kontext der grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie das Ägypten des frühen zwanzigsten Jahrhunderts bestimmten, repräsentierten die Muslimbrüder eine eher rückwärts gerichtete Weltanschauung, die sich gegen Säkularismus und Moderne wendet, wie sie aus dem Westen importiert wurden, und sich zurückbezieht auf die einheimische Kultur, Religion und Philosophie, wie sie im Islam repräsentiert sind.*

*Mit ihrem Anspruch auf Veränderung, auf Reform im Innern und Unabhängigkeit nach außen, steht die Bruderschaft gleichzeitig auch für eine ‚eigene Moderne‘, die Erneuerungen aus der jeweils konkreten Situation ableitet, die sie zu konfrontieren hat.«* (S. 10)

Bereits in den frühen Jahren engagierten sie sich in Palästina und unterstützten dort den Kampf der Palästinenser gegen ihre Vertreibung auch militärisch. »Die Freiwilligen der Muslimbrüder in Palästina spielten nur bei der arabischen Verteidigung von Jerusalem und Bethlehem gegen die Angriffe der Haganah in der ersten Phase des Krieges bis zum ersten Waffenstillstand im Sommer 1948 eine größere Rolle. Danach wurden sie von der jordanischen Armee weitgehend aus den Kämpfen herausgehalten.« (Baumgarten, S. 13) Sie unterstützten die belagerten ägyptischen Armeeverbände in Faludscha Oktober/November 1948. Die ägyptische Regierung führte jedoch den Krieg gegen die zionistische Bewegung und die Truppen der britischen Mandatsmacht nur halbherzig; die innenpolitische Kontroverse darüber führte zum Verbot der Muslimbruderschaft in Ägypten. Der Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen Ende 1947 beendete nicht den Kampf um die Unabhängigkeit Palästinas und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Ägypten gipfelten schließlich in einem Attentat auf den ägyptischen Regierungschef Nuqraschi. Kurz darauf, im Februar 1949, wurde Hasan al-Banna, der sich von dem Attentat und von allen Gewalttaten öffentlich distanziert hatte, von einem Agenten der politischen Polizei erschossen.

Im Prozess gegen den Nuqraschi-Attentäter erkannte das Gericht, »dass die Muslimbrüder weder einen Umsturz in Ägypten geplant hätten noch für die ihnen vorgeworfenen Attentate und Explosionen in Kairo und überall im Land verantwortlich waren. Eine Reihe von Gewalttaten seien das Werk von Einzeltätern aus der Muslimbruderschaft, die jedoch klar gegen die Anweisungen der Führung gehandelt und Terrorakte begangen hätten.« (S. 16)

Es wird hier so ausführlich auf diese Anfangsepisoden eingegangen, um zu zeigen, dass schon früh versucht wurde, die Muslimbrüder als Organisation mit Terroristen gleichzusetzen, was auch heute wieder mit Blick auf die Hamas geschieht. Vor allem wird Hamas der Einsatz von Selbstmordattentätern und von Kassam-Raketen vorgeworfen; allerdings hat sie weder die Fähigkeit, Bomben aus Flugzeugen abzuwerfen, noch verfügt sie über zielgenaue, moderne Raketen, mit denen sie militärische Anlagen Israels treffen könnte. Die Hamas hat stets betont, sie wolle nur militärische Ziele angreifen, was für sie auch die Siedlungen und die Siedler einschließt.

»Nach den turbulenten Jahren 1946 bis 1948, die ihnen keine Alternative gelassen hatten, als am nationalen Kampf aller Palästinenser teilzunehmen, hielten sich die Muslimbrüder nach 1948 systematisch fern von jeder Art von Widerstand oder gar von militärischen Aktivitäten.« (S. 21) Dies schadete ihrem Ruf unter den Palästinensern, insbesondere in den Flüchtlingslagern, aber es nützte ihnen in dem Sinne, dass sie legal, ohne unterdrückt zu werden, in Jordanien unter König Hussein im Erziehungswesen und in sozialen Einrichtungen tätig werden konnten. Für die jordanische Monarchie waren die Muslimbrüder zugleich Verbündete gegen die ägyptische Regierung unter Nasser, der die Liquidierung der Muslimbruderschaft in Ägypten nach 1954 betrieb.

Die Konzentration auf Bildung, Erziehung und Soziales nutzte den Muslimbrüdern auch im israelisch besetzten Teil Palästinas nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Während die PLO und vor allem deren größte Fraktion, die Fatah, als kämpfender Widerstand gegen die Zionisten im Visier Israels standen, wurden die Muslimbrüder unter der israelischen Besatzung bis zur ersten Intifada 1987 geduldet. Führende israelische Militärs und Politiker sahen in der Hamas ein Gegengewicht gegen die PLO und die Fatah. Sie konnte weitgehend unbehelligt Moscheen bauen, in ihren Schulen unterrichten und soziale Wohlfahrtseinrichtungen betrei-

ben. Die Mittel dafür erhielten sie aus vielen Quellen in der arabischen Welt, nicht jedoch – wie gelegentlich kolportiert wird – von Israel.

»Von 1983/84 bis 1987/88 führten die Muslimbrüder und die Hamas keine bewaffneten Angriffe gegen die israelische Besatzung durch. Bewaffneter Widerstand war in diesem Zeitraum eher das Monopol des Islamischen Dschihad.« (S. 77) Allerdings begann sich ein Teil der späteren Hamas-Führung ab 1983 durch Waffenkäufe auf einen zukünftigen Widerstand gegen die Besatzer vorzubereiten. Anfang Dezember 1987 wurde die Hamas von führenden Muslimbrüdern im Gazastreifen gegründet. Die Umgründung oder Umbenennung, wie immer man dies bezeichnen will, war auch die Konsequenz eines Politikwechsels der Organisation hin zum bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsmacht und eine Folge der kompromisslosen Politik Israels gegen die Palästinenser.

Die Hamas-Aktivisten unternahmen im Gazastreifen mehrere erfolgreiche Angriffe gegen israelische Soldaten und Siedler. Daraufhin wurde sie im Juni 1989 von Israel zur Terrororganisation erklärt, ihre Mitglieder erhielten lange Gefängnisstrafen für bloße Mitgliedschaft.

Während die Fatah unter Yassir Arafat in den Jahren nach der ersten Intifada und nach den Oslo-Vereinbarungen mit Israel 1993 den bewaffneten Kampf einstellte und sich zum von der EU finanzierten Unterdrückungswerkzeug gegen die Palästinenser in den Händen Israels wandelte, kritisierte die Hamas Oslo. Im Einklang mit anderen Kritikern sah sie in den Vereinbarungen eine Akzeptanz der israelischen Besatzung und der Siedlungen in den besetzten Gebieten; die Errichtung eines palästinensischen Staates war nicht in die Prinzipienklärung aufgenommen worden. Gleichwohl erkannte die Hamas-Führung, dass der palästinensische Widerstand nach mehreren Jahren erschöpft war und dass eine Verhandlungslösung erstrebenswert sei. Auf den (hypothetischen) Vorschlag eines langfristigen Waffenstillstandes durch einen arabischen Knesset-Abgeordneten antwortete Scheich Ahmad Yasin: »Wir könnten ein Waffenstillstandsabkommen für zehn oder zwanzig Jahre unterzeichnen unter der Bedingung, dass Israel aus Westbank, Gazastreifen und Ost-Jerusalem abzieht auf die Grenzen von 1967.« Diese Position wurde von der Hamas-Führung seitdem immer wieder herausgestellt; Israel hat dies ebenso anhaltend ignoriert.

Bei den Wahlen vom 25. Januar 2006 erhielt die Hamas in Gaza 74 Sitze im neuen Parlament, die Fatah lediglich 45 Sitze. Die Wahlbeteiligung im Gazastreifen lag bei 82 Prozent, im Westjordanland bei 74 Prozent. Die internationalen Wahlbeobachter attestierten faire Wahlen.

»Es sollte nicht übersehen werden, dass die Hamas für die palästinensische Gesellschaft vor allem den Widerstand gegen die fortgesetzte israelische Besatzungsherrschaft symbolisierte, während Fatah zusehends für eine nicht mehr akzeptierte Politik der Kompromisse, ja des nationalen Ausverkaufs, oft auf der Basis kurzfristiger persönlicher Vorteile, stand.« (S. 180)

Zusammenfassend urteilt Helga Baumgarten über die Muslimbrüder wie folgt: »Organisationen, die sich auf die Muslimbruderschaft berufen, repräsentieren heute die gemäßigte und zur Integration in die Politik bereite Variante des politischen Islam. Sie sind also im Unterschied zu den ‚Dschihadisten‘ des Osama Bin Laden ‚Legalisten‘. Wir finden sie heute in Jordanien, wo sie seit 1989 als wichtigste Oppositionspartei im Parlament vertreten sind. In Ägypten nahmen sie im Winter 2005 erfolgreich an den Wahlen teil, paradoxerweise infolge amerikanischen Drucks auf die Regierung Mubarak.« (S. 8)



■ VORGEZOGENE LANDTAGSWAHL IN HESSEN 2009

## Die SPD weiter abwärts

### Der erste Akt: Gescheiterte Regierungsbildung durch Rot-Grün

Die Folgen der Agenda-Politik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wirken in der SPD – und indirekt auch bei den beiden Hessen-Wahlen 2008 und 2009 – fort.

Vor fast einem Jahr war die damalige hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti angetreten, den CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch abzulösen und den Einzug der Linkspartei in den hessischen Landtag zu verhindern. Ypsilanti war bereits während der Regierungszeit Schröders gegen dessen unsoziale Agenda-Politik in Partei und Öffentlichkeit aufgetreten und hatte sich dafür ebenso öffentlich dessen Spott und Geringschätzung eingehandelt. Daher konnte sie vom schließlichen Scheitern der rot-grünen Bundesregierung ebenso profitieren, wie vom Umschlagen der Stimmung innerhalb der hessischen SPD zugunsten des sogenannten linken Flügels.

Bereits gegen Ende der Schröder-Regierung waren die Positionen zur Steuer-, Renten- und Sozialpolitik sowie der Energiepolitik innerhalb der Sozialdemokratie immer weiter auseinander gedriftet. Eine wichtige Folge war die Gründung der Linkspartei, die in den alten Bundesländern im Wesentlichen als Partei des sozialen Protests und als linke Alternative zur SPD entstanden war.

Andrea Ypsilanti und ihre Anhänger in der SPD hatten die Vorstellung, mit einem linken sozialdemokratischen Programm der Linkspartei in Hessen den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Die Wahlkampfstrategie 2008 der CDU kam der SPD zupass: In der Schul- und Hochschulpolitik hatte die mit absoluter Mehrheit regierende Union tiefe Gräben aufgerissen – sei es in der Frage der um ein Schuljahr verkürzten Sekundarstufe an Gymnasien (G 8), der Chancengleichheit im Bildungswesen, oder der Einführung von Studiengebühren an den hessischen Hochschulen. Darüber hinaus polarisierte Roland Koch mit Äußerungen zur Kriminalität (ausländischer) Jugendlicher und zum Umgang mit ihnen. Das erleichterte es der SPD ungemein, sich trotz der anders gearteten Politik ihrer Partei im Bund

im hessischen Wahlkampf mit diesen Themen als linke Kraft darzustellen.

Die eine Festlegung vor der Wahl, kein Bündnis mit der Linkspartei einzugehen, mag zwei Gründe gehabt haben: Einmal war es ein Entgegenkommen gegenüber dem rechten Parteiflügel, der wacker die Fahne des Antikommunismus weiter hoch hält. Andere in der SPD-Spitze waren überzeugt, mit ihrer »linken« Spitzenkandidatin Die Linke unter fünf Prozent halten zu können. Die zweite Festlegung der SPD bestand darin, eine Regierung Koch nach Kräften zu verhindern.

Diese Festlegungen rächten sich. Die Linkspartei kam mit 5,1 Prozent in den Landtag. Die CDU verlor zwar dramatisch als Folge ihres polarisierenden Wahlkampfes, erhielt jedoch immerhin geringfügig mehr Stimmen als die SPD, allerdings ohne Folgen für die Mandatsverteilung. Schwarz-Gelb hatte die Mehrheit im Wiesbadener Landtag verfehlt. Eine Dreier-Koalition mit den Grünen (Jamaika) scheiterte an der Person Roland Koch. Ypsilanti steckte damit in der Zwickmühle: Eines ihrer beiden Wahlversprechen musste sie in jedem Falle brechen. Da die FDP zu einer Ampelkoalition nicht bereit war, konnte sie Koch nur durch Zusammenarbeit mit der Linkspartei verhindern. Umgekehrt hätte der Verzicht auf diese Zusammenarbeit unter den gegebenen Verhältnissen automatisch Roland Koch aufs Treppchen geholfen. Andrea Ypsilanti entschied sich dafür, bei Tolerierung durch die Linkspartei eine rot-grüne Landesregierung zu bilden, und sie scheiterte schließlich an vier Abgeordneten ihrer eigenen Partei.

Nur Wenige glaubten oder glauben, dass es »das Gewissen« war, das den vier Abweichlern in der Fraktion die Handlung diktierte. Die Kampagne der bürgerlichen Medien gegen Andrea Ypsilanti und ihre Absicht, sich mit Hilfe der Linkspartei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, dauerte bis zur Nominierung eines neuen Spitzenkandidaten der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel. Als Wortbrecherin und »Lügilanti« wurde bundesweit das Scherbengericht über sie abgehalten. Aber in Wirklichkeit ging es um die Frage, ob die SPD einen Kurswechsel ihrer Politik vorneh-

men sollte. Und es erwies sich, dass die Partei in dieser Frage gespalten war. Die Abweichler waren vor allem Ausdruck dieses Umstands. Als siegreich erwiesen sich diejenigen Kräfte, die an die Schröder-Linie anknüpfen: Auf Bundesebene schied Kurt Beck aus, der zwischen den Fronten in der Partei vermitteln wollte. Er wurde ersetzt durch Frank-Walter Steinmeier, der seinerseits Franz Müntefering zurück holte und damit die personelle Restauration der Schröder-SPD abrundete. In Hessen wurde parteiintern die Schröder-Kritikerin Andrea Ypsilanti versenkt, der ihr politisch nahe stehende Landesgeschäftsführer der SPD, Norbert Schmidt, stellte sein Amt zur Verfügung.

Nun sind innerparteiliche Kontroversen kein Privileg der SPD. Ähnliches kommt auch beim politischen Gegner vor: Wenn im bayerischen Landtagswahlkampf die CSU mit der Bundeskanzlerin wegen der Pendlerpauschale in den Clinch ging, oder wenn sie auf Steuersenkungen beharrte, weil sie sich als Partei der Gerechtigkeit für die »kleinen Leute« darstellen möchte, dann werden auch hier Risse im System der Volksparteien sichtbar. Aber der Riss ist nicht so tief wie innerhalb der SPD – und die CSU tritt nicht bundesweit als Konkurrenz zur CDU auf, so wie es die Linkspartei mit Blick auf die SPD tut.

## Zweiter Akt: Vorgezogene Neuwahlen

Nach dem katastrophalen Wahlergebnis für die Sozialdemokraten am 18. Januar 2009 übernahm vor laufenden Kameras Andrea Ypsilanti die Verantwortung für das Abschneiden ihrer Partei und trat auch vom Partei- und vom Fraktionsvorsitz zurück. Das war natürlich bloße Symbolik, denn es ist klar, dass sie allein oder eine Gruppe von Personen innerhalb der SPD nicht dafür verantwortlich sein kann, dass dieser Partei 400.000 Wähler davon gelaufen waren, wovon fast die Hälfte gar nicht mehr zur Wahl ging. Wie schon bei vorangegangenen Wahlen hatte die SPD wieder überproportional in städtischen Wahlkreisen verloren, die man früher als Arbeiterviertel bezeichnet hätte, in denen sie erstmals eine starke Stammwählerschaft hatte. Die Anti-Ypsilanti-Kampagne der FAZ und vieler weiterer hessischer Zeitungen (»Lügilanti«) hatte sicherlich Auswirkungen auf die Stimmabgabe – aber Diffamierungskampagnen gegen Parteiführer sind nicht immer erfolgreich, wie der Blick in die Geschichte zeigt: So wurde z. B. Willy Brandt in der bürgerlichen Presse (vor allem der Springer-Presse) in der Zeit der Blockkonfrontation viele Jahre lang als unsicherer Kantonist dargestellt, ohne dass dadurch sein Aufstieg zum Bundeskanzler verhindert werden konnte. Auch war Ypsilantis Rechtfertigung nicht von der Hand zu weisen, dass sie nur so ihr Versprechen halten könnte, eine Regierung Koch zu verhindern. Außerdem ist die Wahlniederlage der SPD überwiegend nicht eine Folge der gewachsenen Stärke ihrer Gegner, sondern des Verlustes eigener Anhänger.

Der Wahlkampf verlief weitgehend inhaltsleer. Die CDU bemühte sich sichtlich, keine Blößen zu zeigen, nicht zu polarisieren und ihre »Lernfähigkeit« zu betonen – so den Verzicht auf Wiedereinführung der Studiengebühren, Korrekturen in der Bildungspolitik. Auch die anderen Parteien konnten nicht mit landesspezifischen Themen punkten. Der knapp vier Wochen andauernde Wahlkampf für die vorgezogenen Neuwahlen half den Parteimanagern, die Propaganda mit allgemeinen politischen Floskeln und der abstrakten Betonung ihrer wirtschafts- und bildungspolitischen Kompetenz zu bestreiten. Inhaltliche Differenzen wurden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Gewinner waren in erster Linie die Grünen und die FDP. Die FDP hat wahrscheinlich vor allem vom Überlaufen jener CDU-Wähler profitiert, die sich an der Person des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Roland Koch stießen,

die aber gleichwohl innerhalb des »Lagers« CDU-FDP verharren. Die Grünen gewannen häufig dort am ausgeprägtesten, wo die SPD die heftigsten Verluste erlitt. Auch diese Art der Stimmabgabe mag Ausdruck des »Lager«-Denkens vieler Wähler gewesen sein, die Roland Koch verhindern und eine rot-grüne Koalition ermöglichen wollten – gleichzeitig aber ihrer Abneigung gegen ein Anbandeln mit der Linkspartei Ausdruck verleihen wollen.

Aus unserer Sicht bedeutsamer ist das Abschneiden der Linkspartei, die es zwar als Erfolg für sich verbucht, erneut im Landtag vertreten zu sein, die aber eindeutig nicht von der mittlerweile ausgeprägten Finanz- und Wirtschaftskrise profitieren konnte. Weder für das Land noch für den Bund kann die Linkspartei ein eigenes, linkes Konjunkturprogramm vorweisen, das überzeugender wäre als jene ihrer Konkurrenzparteien. Bei seinem Auftritt in Darmstadt hob Gregor Gysi deshalb vor allem darauf ab, dass ein Wahlerfolg der Linken die regierenden Parteien im Bund zu größerer Vorsicht und Rücksichtnahme auf die Belange der Lohnabhängigen zwingen würde. Das mag zwar sein, vor allem in einem Superwahljahr wie diesem, wo mehrere Kommunal- und Landtagswahlen und schließlich noch eine Bundestagswahl anstehen, aber es taugt zugleich auch nur als Motiv für Protestwähler.

Ermutigender ist es da, dass hessenweit Initiativen von Schülern, Studierenden und Lohnabhängigen entstanden, die unter dem Motto »Politikwechsel« bzw. »Politikwechsel von unten« mit öffentlichen Aktionen und Propaganda gegen die kapitalistischen Formen der Krisenlösung auftraten. Es entstanden Bündnisse, die die Isolierung der vereinzelt Linken wenigstens vorübergehend überwand. Es finden gemeinsame Tagungen zur Vorbereitung weiterer

## Die Hessen-Wahlen in Zahlen

Die Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Landtagswahl lag mit 61 Prozent unter der des Jahres 2008 (64,3). Die Zahl der ungültigen Stimmen stieg um mehr als 10.000 auf über 78.000. Von den gültigen Stimmen erhielten die CDU 37,2 Prozent (36,8), die SPD 23,7 Prozent (36,7), die Grünen 13,7 Prozent (7,5), die FDP 16,2 Prozent (8,4) und die Linkspartei 5,4 Prozent (5,1). In absoluten Zahlen verlor die CDU etwa 46.000 Stimmen, die SPD fast 400.000, Grüne und FDP gewannen Stimmen hinzu, während die Linke etwa 1.400 Stimmen einbüßte.

Andrea Ypsilanti erhielt nur noch 23,1 Prozent (gegenüber 41 Prozent 2008) der Erststimmen in ihrem Wahlbezirk Frankfurt a. M. VI und verfehlte damit das Direktmandat, das an die CDU ging.

Trotzdem CDU und FDP somit eine deutliche Mehrheit im Wiesbadener Landtag erreicht haben (66 von 118 Sitzen), repräsentieren sie nur 32 Prozent der Wahlberechtigten.

Nach Angaben der Meinungsforscher von Infratest-Dimap verlor die SPD mehr als 120.000 Wähler an die Grünen und jeweils über 30.000 an CDU und FDP und nur rund 8.000 an die Linkspartei. Fast 200.000 ehemalige SPD-Wähler gingen nicht mehr zur Wahl. Die CDU verlor vor allem an die FDP – etwa 93.000 ehemalige CDU-Wähler stimmten diesmal für den Koalitionspartner; nur etwa 10.000 gingen dieses Jahr nicht wieder zur Wahl. Die Linkspartei profitierte im übrigen wenig von der Wählerwanderung; etwa 16.000 Wähler des Vorjahres kehrten ihr diesmal den Rücken.

Aktionen mit Blick auf die Bundestagswahl statt. Gleichzeitig wurden Grenzen der Zusammenarbeit etwa bei Protesten gegen Israels Krieg gegen Gaza sichtbar, wo einzelne Gruppen jede Kritik an der israelischen Politik unterbinden möchten. Die internationale Finanzkrise und die weltweite Rezession bietet auch der Linken – in Deutschland wie auch in der ganzen Welt – eine Gelegenheit, ihr Bild vom Kapitalismus zu schärfen und zur politischen Zusammenarbeit zu kommen.

### Dritter Akt: Die Regierungsbildung

Am 30. Januar stellten Roland Koch und der hessische FDP-Vorsitzende Jörg-Uwe Hahn die Koalitionsvereinbarung für die kommende, fünfjährige Legislaturperiode vor. Sie enthält – erwartungsgemäß – keine Überraschungen. Einige Beispiele: Es bleibt das verkürzte Abitur (G 8) an den Gymnasien des Landes; die »Weiterentwicklung von internen und externen Systemen zur Qualitätssicherung« an den Schulen wird die unterrichtsferne Belastung des pädagogischen Personals mit Papierkrieg weiter fördern. »An der Abschaffung der Studienbeiträge in dieser Legislaturperiode

(wird) festgehalten.« Im übrigen wird der Wille zum Ausbau des Rhein-Main-Flughafens und des Regionalflughafens Kassel-Calden sowie des Fernstraßennetzes bekräftigt. »Die Frage des bestmöglichen Schutzes der Nachtruhe der Bevölkerung bleibt auf der Tagesordnung.« Es fehlt nicht das Versprechen von Milliardenhilfen für die Unternehmer. Die längst abgeschriebenen Atomkraftwerksblöcke Biblis A und B sollen weiter am Netz bleiben – und es soll mehr Video-Überwachung geben. Die Zahl der (ca. 150.000) Stellen im Landeshaushalt soll in der kommenden Legislaturperiode nicht wachsen; die für die Schulen vorgesehenen 2.500 zusätzlichen Stellen, sowie die zusätzlichen Stellen für die Polizei müssen durch Stellenabbau bei anderen Einrichtungen und Behörden erwirtschaftet werden.

Auch bei näherer Betrachtung des Koalitionsvertrags wird klar: Er hätte fast wortgleich auch mit der SPD abgeschlossen werden können – mit Ausnahme der Passage zu Biblis, wobei es hier keine Landeskompetenz gibt, weil die Atomgesetzgebung Sache des Bundes ist. Insoweit bleibt unklar, mit welchen Themen die SPD Opposition spielen will.

01. 02.2009 ■



WARNSTREIK AM 21. FEBRUAR 2008: DORT KAM EIN HAUCH VON DER MÖGLICHEN KRAFT ABGESTIMMTER GEWERKSCHAFTLICHER AKTIONEN AUF, ALS EIN DEMONSTRATIONSZUG VON 1.500 STREIKENDEN AUS DEM EINZELHANDEL HINZU STIESS.

### ■ WOWERIT SETZT DEN GEWERKSCHAFTEN DEN STUHL VOR DIE TÜR:

## »Jetzt ist Schluss mit den Gesprächen«

polterte der Regierende Bürgermeister Berlins in Anlehnung an Gerhard Schröders »basta«. Mit diesem Machtwort lehnte er am 15. Juli 2008 weiter Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in Berlin ab. Stattdessen sollten die 50.000 Arbeiter und Angestellten des Landes durch den einseitigen Beschluss des Senats für die Jahre 2008 und 2009 jeweils 300 Euro bekommen und die Sonderzuwendungen für weitere 50.000 Beamte von 640 auf 940 Euro erhöht werden. Das Gesamtvolumen der »Gabe« betrug 60 Millionen Euro und entsprach dem letzten Angebot von Innensenator Körtling.

Es war das erste Mal, dass der Senat versucht hatte, einen Tarifkonflikt einseitig per Dekret und nicht durch einen, mit den Gewerkschaften ausgehandelten, Kompromiss zu beenden. Die Tarifgemeinschaft (ver.di, GdP, GEW und IG BAU unter der Verhandlungsführung von Astrid Westhoff) musste, schon aus Gründen der Selbstbehauptung, reagieren.

### Der Arbeitskampf wird fortgeführt ...

Für die Gewerkschaften stellte sich nach der einseitigen Beendigung der Verhandlungen die Frage, ob der Arbeitskampf nach den Sommerferien weitergeführt werden könne. Auf eine mangelnde Mobilisierungsfähigkeit kalkulierte sicherlich der Regierende Bürgermeister mit seiner »Basta«-Haltung. Davon unbeeindruckt leitete die GdP unmittelbar nach dem »Machtwort« einen fristlosen Streik in dem Bereich der Ordnungsämter ein, der die ganzen Sommerferien dauerte.

Am 15. September wurden dann erneut die Mitglieder der Gewerkschaften aus der Tarifgemeinschaft zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Ausgenommen waren diesmal die ErzieherInnen (sowohl in ver.di und GEW organisiert), die nach dem Ende der Ferien nicht die Eingewöhnungsphase der Kinder unterbrechen wollten. Auch für die angestellten Lehrkräfte, die in den letzten Monaten mehr-

fach an Warnstreiks teilgenommen hatten, wurde eine Urabstimmung durchgeführt. Die Forderungen entsprachen denen der übrigen, nämlich 3 x 300 Euro plus 2,9 Prozent Gehaltserhöhung, aufgerufen. (Siehe dazu: Kasten 3)

### ... mit neuer Intensität

Weil es kein Entgegenkommen des Senats gab, wurden die Aktivitäten durch Arbeitsniederlegungen vom 13. bis zum 16. Oktober und einem geplanten Dauerstreik vom 10. bis zum 17. November 2008 ausgeweitet. An den einzelnen Tagen traten durchschnittlich 7.000 Beschäftigte in den Streik und beteiligten sich wiederholt an Demonstrationen zu wechselnden Kundgebungsorten. Im den Novemberaktionen sank jedoch die Beteiligung der KollegInnen, dokumentiert in den Streiklisten.

Mit einer großen Kundgebung, unter denen sich nun auch Schulklassen mit ihren verbeamteten Lehrern befanden, endeten am 12. November die Auseinandersetzungen auf dem Bebelplatz im alten Zentrum Berlins. Am Vorabend hatten die Tarifparteien einen Vertrag unterzeichnet. Der

## Die Linkspartei in Berlin: Dranbleiben an den Fleischtopfen

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carola Bluhm, drückte unmittelbar nach der »basta« Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, ihr Verständnis sowohl für das Anliegen der Beschäftigten als auch für das des Senats aus. Sie nannte die Entscheidung vom 15. Juli 2008, 2 X 300 Euro zu zahlen, »eine Geste guten Willens«, um den Verzicht der Landesbeschäftigten im Rahmen des Solidarpakts sowie ihre Leistungen zu honorieren. Wünschenswert wäre allerdings eine komplexere Lösung.

»Fragen wie Beschäftigungssicherung, schrittweise Ankopplung an den Bundestrend, Einstieg in das neue Tarifrecht und Einstellungskorridor müssen nun im nächsten Jahr, vor Auslaufen des Anwendungstarifvertrags 2010, geklärt werden«, sagte sie. Mit diesem Verweis hat Carola Bluhm die Stimme des Finanzsenators Sarrazin verinnerlicht, der vor der Hoffnung auf eine unmittelbare Angleichung der Berliner Gehalts- und Lohnstruktur mit Auslaufen des Anwendungsvertrages 2010 an die des Potsdamer Abkommens warnte. Damit setzte sie den 2002 mit dem Koalitionsbeitritt eingeschlagenen Weg des absoluten Vorrangs der Haushaltskonsolidierung auch in der zweiten Regierungsperiode fort.

Der Beitrag, den diese Beschäftigten innerhalb von 5 Jahren zur Haushaltssanierung geleistet haben, beträgt nach Aussage der GEW Berlin Vorsitzenden, Rose-Marie Seggelke, inzwischen »mehr als zwei Milliarden Euro« (blz, September 2008), nach Aussage des Senats zumindest die Hälfte (Antwort auf eine Kleine Anfrage).

Die Entscheidung der Berliner SPD Spitze, die »rot/rote« Regierungskoalition, mit der von den Wählern abgestraften PDS, fortzusetzen (s. arpo 2/2007), erfüllte seinen Zweck: Der Haushalts wurde auch auf Kosten der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes konsolidiert. Das wurde vollstreckt mit einer Partei, in der sich kaum Widerstand gegen die Mitmach- und Legitimierungsargumentation der Regierungsmitglieder von PDS/Linkspartei regt. Die wird oft mit dem Argument gerechtfertigt, Schlimmeres verhindert zu haben.

Streik wurde bis zur Urabstimmung ausgesetzt. Bereits auf den Kundgebungen vor der Bundeszentrale der SPD und der Technischen Universität (TU) am 10. und 11. November deuteten die Redner, Konrad Freiberg, GdP-Bund und Roland Tremper, ver.di-Berlin die Einigung an.

Die Demonstration und Kundgebung zur bzw. vor der TU, diesmal organisiert durch ver.di, sollte der Unterstützung der im Arbeitskampf befindlichen Beschäftigten der Universität dienen. Das aber wusste kaum ein Teilnehmer der Demonstration. Die fehlenden Informationen über Absicht und Ziel der gewerkschaftlichen Aktion degradiert die Beteiligten zum Objekt des Arbeitskampfes genutzt.

### Kompromiss gefunden

Das Ergebnis, das zur Urabstimmung gestellt wurde, sah wie folgt aus:

- Für das Jahr 2008 erhalten die Kolleginnen und Kollegen 300 Euro, bereits ausgezahlt mit dem Oktobergehalt.
- Ab Juni 2009 wird der Lohn tabellenwirksam um 65 Euro monatlich erhöht. Diese Lohn- bzw. Gehaltserhöhung entspricht für die unterste Lohngruppe Vc der ursprünglichen Forderung von 2.9 Prozent.
- Damit wurde das Gesamtvolumen des Abschlusses von ursprünglich 60 Millionen auf 77 Millionen Euro erhöht.
- Zum 31. Dezember 2009 läuft der Anwendungstarifvertrag aus.: »Das tatsächliche und absolute Auslaufen des so genannten Solidarpaktes und die Rückkehr auf 100% Bezahlung ab 2010 wird vom Senat bestätigt und in diesem Tarifvertrag endlich verbindlich geregelt. Es wird keine Verlängerung, auch nicht in abgewandelter Art, geben.« (aus: Chronologie des Streiks von der GdP). Damit wird jedoch auch die im »Solidarpakt« verabredete Absenkung der Arbeitszeit und die Arbeitsplatz-Garantie rückgängig gemacht.

Das Tarifergebnis wurde von nahezu 70 Prozent der abstimmenden Mitglieder der Tarifgemeinschaft angenommen. Bei der GEW stimmten zwei Drittel dem Ergebnis zu, obwohl die angestellten LehrerInnen mit dem Ergebnis überhaupt nicht zufrieden sein konnten, weil es die großen Einkommensdifferenzen gegenüber den verbeamteten KollegInnen nicht ausgleicht.

### Verlauf und Bedingungen der Arbeitskampfes

Bereits seit dem 7. September 2007 wurden Verhandlungen geführt – für die Beschäftigten in den öffentlichen Kindertagesstätten (Kita-Eigenbetriebe), für ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, BetreuerInnen in öffentlichen Schulen, für die Beschäftigten in Behörden, z.B. Ordnungsämtern, Gartenbauämtern, Kraftfahrzeugzulassungsstellen, Feuerwehr- und Polizeiwerkstätten. Die Verhandlungsführung in der Tarifgemeinschaft (ver.di, GEW, GdP und IG BAU) hatte ver.di. Erstmals war für die Tarifgemeinschaft die Einmütigkeit bei allen Beschlüssen und Handlungen vereinbart worden.

Um die Vereinzelung der oft kleinen Belegschaften aufzuheben, wurden regelmäßig gemeinsame Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Nach Ende der Aktionen konnten sich die Teilnehmer in die Streiklisten eintragen. An insgesamt 15 Tagen gab es solche Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Zwischen dem 14. und 25. Mai hatten die beteiligten Gewerkschaften zur Urabstimmung aufgerufen. 80 Prozent stimmten einem Arbeitskampf zu, wie der Pressemitteilungen der Tarifgemeinschaft zu entnehmen war. Diese Zustimmung ist beachtlich, denn viele Belegschaften sind sehr klein. In den Ganztagsgrundschulen beispielsweise



## Überlegungen zum Streik im Öffentlichen Dienst

Der Arbeitskampfgegner ist nur begrenzt materiell durch Streikmaßnahmen unter Druck zu setzen (Ausnahme: Ordnungsämter-Strafzettel, Finanzämter). Er spart hingegen Lohn- und Gehaltskosten. Die Streiks beeinträchtigen zunächst die Belange von Bürgern: Eltern von Kita- und Schulkindern, Besuchern von Bürgerämtern, Kfz.-Zulassungsstellen. Das Dilemma besteht darin, dass die berechtigten Forderungen ohne Beeinträchtigungen für viele Bürger nicht durchzusetzen. Dieses Dilemma ist nicht durch Ignoranz dieser konkreten Bedürfnisse/Ansprüche und die abstrakte Einforderung von Solidarität aufzulösen, aber eben auch nicht durch den Verzicht auf Arbeitskampfmaßnahmen.

Der Öffentliche Arbeitgeber ist nur zu Zugeständnissen zu bewegen durch politischen Druck, durch massenhafte Beteiligung an den Streikmaßnahmen und damit drohende massenhafte Aufkündigung der politischen Loyalität, durch Solidarität der DGB Gewerkschaften, durch die Parteinahme oder zumindest die Sympathie der Öffentlichkeit.

Mit den Demonstrationen durch die Innenstadt, zum Innensenator, zum Roten Rathaus (Sitz des Senats), zur SPD Landeszentrale auf dem Wedding, zur Bundeszentrale der SPD oder bei den regionalen Demonstrationen und Kundgebungen, versuchte die Tarifgemeinschaft diese Öffentlichkeit herzustellen. Es fehlten jedoch Flugblätter für die Anwohner und Passanten, um sie entsprechend mit einzubeziehen.

Bei der Beurteilung der Wirkungskraft dieser Arbeitskampfmaßnahmen im Öffentlichen Dienst ist zu beachten, dass die ehemals kampfstarken ver.di (ÖTV)-Bataillone der Berliner Stadtreinigung (BSR) und der BVG nicht an den Tarifauseinandersetzungen beteiligt waren.

### Situation der angestellten Lehrer Berlins

In den westlichen Bundesländern erhält ein(e) JunglehrerIn mehrere hundert Euro netto mehr als in Berlin. Diese Landesregierungen verbeamten ihre JunglehrerInnen, die damit von der Sozialversicherungspflicht befreit sind. Als Privatversicherte profitieren sie zusätzlich von besseren Leistungen der Krankenkassen. Der Senat muss sich was einfallen lassen, damit ihm die JunglehrerInnen nicht weiter in Scharen davonlaufen.

Auch wenn der Beamtenstatus manche JunglehrerIn lockt, aus gewerkschaftlicher Sicht geht das Ding nach hinten los. Gerade erst haben angestellte LehrerInnen zusammen mit den anderen Angestellten und Arbeitern des ÖD getreikt, zum ersten Mal in der Geschichte der GEW Berlin. Plötzlich war in der tragen »Bildungsgewerkschaft« das Selbstbewusstsein kampfbereiter und -fähiger GewerkschafterInnen spürbar, wie ein Hauch von Klassenkampf. Der Erfolg war zwar bescheiden, aber es war ein Anfang! Die Beteiligung der KollegInnen und der Organisationsgrad müssen noch verstärkt werden, dann wird man auch erfolgreicher sein. Die jungen LehrerInnen tun sich keinen Gefallen, wenn sie ihre Rechte als Angestellte, in erster Linie das Streikrecht, gegen einen privilegierten Untertanenstatus eintauschen.

sind zum Teil nur drei oder vier angestellte KollegInnen, zumeist ErzieherInnen, beschäftigt. Die Streikerfahrungen sind zudem äußerst gering. Der Druck der »öffentlichen Meinung« ist unter solchen Bedingungen enorm. Als Damoklesschwert empfunden wurde im Bereich der ErzieherInnen eine drohende Umwandlung der Arbeitsplätze beim öffentlichen Arbeitgeber in Arbeitsplätze bei »Freien Trägern«. Von den gut 13.000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich war nach einer gesetzlichen Änderung vor einigen Jahren das Verhältnis von zwei zu einem Drittel zu Gunsten der »Freien Träger« umgekehrt worden.

Die Beschäftigten dieser »Freien Träger« befanden sich nicht im Arbeitskampf, stattdessen oft in einem tariflichen Niemandsland. In den Köpfen der älteren Kolleginnen und Kollegen saß zudem die Erfahrung mit dem verlorenen, zehnwöchigen Arbeitskampfes im Winter 1989/90 im KITA-Bereich. Er wurde ohne greifbares Ergebnis und ohne Urabstimmung durch die damalige ÖTV gegen den Willen der GEW beendet.

### Eine Beurteilung

Der Arbeitskampf unterschied sich vom BVG-Streik. Ver.di stand bei der BVG unter dem enormen Erwartungsdruck seiner Mitglieder. Die zuständigen Gremien versuchten dort von Anfang an, eine Eskalation zu vermeiden, die Erwartungen »herunterzukochen« und einen für den Senat annehmbaren Kompromiss zu finden. Anders waren die Voraussetzungen im Öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften mussten schon aus Gründen der Selbstbehauptung aktiv werden, nachdem der Senat ihnen den Stuhl vor die Verhandlungstür gesetzt hatte. Die Tarifgemeinschaft setzte aus diesem Grund und weil die kampfstarken Bereiche wie Nahverkehr und Müllabfuhr nicht betroffen waren – die Kampfkraft also von vorneherein eingeschränkt blieb – auf öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen.

Die Haltung der in der GdP organisierten Kollegen bei den Polizei- und Feuerwehrwerkstätten, die von Mitte Mai bis Mitte Juni am Stück gestreikt hatten, muss besonders hervorgehoben werden. Mit einer mehrwöchigen Mahnwache vor dem Sitz des Berliner Senats, dem Roten Rathaus, hatte die GdP den Arbeitskampf eingeleitet. Unter dem Motto: »Uns steht das Wasser bis zum Hals« ging sie medienwirksam öffentlich baden. Die Kolleginnen und Kollegen in den Ordnungsämtern (Strafzettel für die Parksünder usw.) streikten auch während der Sommerferien und beteiligten sich auffallend stark an den Demonstrationen und Kundgebungen. Die Streiks von Mitgliedern der GdP und der ver.di auf den Ordnungs- und Bürgerämtern, in den Polizei- und Feuerwehrwerkstätten wurden bis zum Aussetzen des Arbeitskampfes am 12. November fortgesetzt.

Aber auch in dieser Auseinandersetzung blieben die Aktivitäten auf die unmittelbar von der Tarifrunde Betroffenen beschränkt. Eine Ausnahme bildete der Warnstreik am 21. Februar 2008, der mit einer Kundgebung auf dem Wittenbergplatz endete, an der sich einige hundert KollegInnen beteiligten. Dort kam ein Hauch von der möglichen Kraft abgestimmter gewerkschaftlicher Aktionen auf, als ein Demonstrationszug von 1.500 Streikenden aus dem Einzelhandel hinzu stieß. Zu erwähnen ist darüber hinaus die Auftaktdemonstration im September 2007, an der sich einige KollegInnen mit IGM-Fahnen beteiligten. Es bestand offensichtlich von Seiten der Arbeitskampf führenden Gewerkschaftsvorstände, bzw. der ver.di Fachbereichsleitungen kein großes Interesse an solchen Verbindungen. So unterließ es die GEW-Streikführung völlig, die verbeamteten Lehrer in solidarische Aktionen mit einzubeziehen. Initiativen »von unten« in diese Richtung waren aber auch kaum zu vernehmen.

Auffallend war, wie rasch die Beschäftigten die Verbindung zogen zwischen der ablehnenden Haltung des Senats gegenüber ihren bescheidenen Forderungen und den Milliardensummen, die für die Banken ausgegeben werden. Dieser Widerspruch wurde auf Plakaten von den Demonstranten aber auch in den Reden vom ver.di Vertreter Roland Tremper und insbesondere vom GEW Bundesvorsitzenden, Ulrich Thöne thematisiert. Der mobilisierenden Wirkung dieses Missverhältnisses stand jedoch die zunehmende Furcht der Beschäftigten vor den Auswirkungen der »Finanzkrise« auf die Beschäftigungsverhältnisse entgegen.

Kennzeichnend bei den gewerkschaftlichen Rednern war, dass die Kritik an der Haltung des Senats überwiegend personalisiert wurde. Der Regierende Bürgermeister Wowereit und der Finanzsenator Sarrazin boten sich als »Buhmann« hervorragend an, ohne dass ihre Funktion als Arbeitgeber und Interessenswahrer dieses ökonomischen Systems verdeutlicht wurde.

Zusammenfassend: Die »basta«-Haltung hatte zu der ungewöhnlich konsequenten Haltung der Gewerkschaften der Tarifgemeinschaft mit ihrer jeweilig unterschiedlichen Mitgliederstruktur beigetragen. Die Wut der Betroffenen – »jetzt erst recht« – wurde verstärkt; der Konflikt gewann an politischem Gewicht. Den Gewerkschaften der Tarifgemeinschaft gelang es, die Blockade zu überwinden. Mit dem abgeschlossenen Kompromiss war der Versuch eines einseitigen Diktats durch den Senat gescheitert.

11.02.09 ■

## Bremer Lehrer im Arbeitskampf der Landesbediensteten

Am 10. Februar 2009 fand in Bremen eine bemerkenswerte Personalversammlung der Lehrer zur Tarifrunde der Länderbediensteten statt. Die GEW mobilisierte die Lehrerinnen

und Lehrer für Streiks. Da in Bremen die Hälfte der Landesbeamten Lehrkräfte sind, bemühten sich Kollegen von Polizei und Feuerwehr auf dieser Personalversammlung, die Pädagogen im Warnstreik an ihrer Seite zu haben.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bewunderte den Mut der Beamten, die in den Streik gehen wollen. Der ver.di-Vertreter bei der Feuerwehr rief den unkündbaren Beamten zu, ihnen drohe doch schlimmstenfalls ein Disziplinarverfahren. Und wer das bekäme, dürfe stolz darauf sein; es sei eine Ehre auszeichnung. Unter johndem Beifall empfahl er eine Anstecknadel zu tragen, auf denen stehe »Ich habe ein Disziplinarverfahren; ich habe gestreikt.«

Nicht nur die Gemeinsamkeit des gewerkschaftlichen Handelns wurde erreicht. Die GEW wandte sich mit einer Information an die Eltern der Schüler. In ihr heißt es: »Nachdem Hunderte von Milliarden Euro zu »Rettung« von Banken aufgebracht wurden, ist völlig klar: Das Geld ist da – es bedarf nur politischer Entscheidungen, um es an der richtigen Stelle, z. B. in der Bildung, einzusetzen.« ... »Auch Beamte sind ArbeitnehmerInnen, die für ihre Interessen eintreten können müssen.« Wo Schulleitung und Lehrkräfte sich im Elternbeirat und in Elternversammlungen mit den Eltern auseinandersetzen, erhielten sie von ihnen auch Unterstützung.

Am 13. Februar waren dann 4.000 Demonstranten, davon 2.000 Lehrkräfte auf dem Marktplatz. Auf Transparenten war u.a. zu lesen: »Bei den Banken sind sie fix, für die Lehrer tun sie nix.« Auch die Rednerin der GEW sprach das Thema an: »500 Milliarden für den Bankenschutzschirm – vor diesem Hintergrund ist unsere Forderung doch geradezu bescheiden.«

Und eine Woche später ging es schon wieder auf nach Hannover, zur nächsten Kundgebung. Kleine Schritte, die Begrenztheit der eigenen Gewerkschaft zu überschreiten und die Öffentlichkeit einzubeziehen. 10.03.09 ■

## ■ BERLIN: FRISTLOSE KÜNDIGUNG DER KASSIERIN EMMELY

# 1,30 Euro werden zum Politikum

Die Supermarktkassiererin bei Kaiser's-Tengelmann in Berlin-Hohenschönhausen kämpft um ihren Job, der ihr nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit gekündigt wurde, weil sie zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro unterschlagen habe, die einer Kundin zugestanden hätten, so die Begründung. Nun fragt sich der naive Betrachter, ob hier nicht überzogen reagiert wird, zumal die Firma, selbst wenn an dem Vorwurf etwas dran

Die Justiz hält sich an einen Grundsatz, der schon seit über 100 Jahren Bestandteil des deutschen Arbeitsrechts ist. Äußert ein »Arbeitgeber« den Verdacht, ein Mitarbeiter habe die Firma geschädigt und kündigt ihm, so bestätigen die Arbeitsgerichte in der Regel diese sogenannte **Verdachtskündigung**, ganz egal wie hoch der angebliche Schaden ist. Anders als vor einem Strafgericht muss die Tat nicht nachgewiesen werden, der Verdacht reicht aus, um die Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses als nicht mehr zumutbar anzunehmen. Der Kommentator des Berliner Tagesspiegel vom 28.2.09 hat dafür eine hübsche Erklärung, er sieht durch die Möglichkeit der Verdachtskündigung eine Art Gerechtigkeitslücke geschlossen, die den Unternehmern durch den Kündigungsschutz entstanden sei.

In letzten Jahrzehnten fielen immer mehr MitarbeiterInnen diesem Instrument der Klassenjustiz zum Opfer, bevorzugt BetriebsrätInnen, aber auch Beschäftigte, die man einfach aus Kostengründen loswerden wollte. Die Beweislast liegt bei den Beschäftigten, denen es, wie auch im Falle von Emmely, fast immer unmöglich gemacht wird, gegen die Manipulationen und Winkelzüge des Managements ihre Unschuld zu beweisen.

wäre, nicht mal die Geschädigte wäre. Nicht so das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, wie auch schon der Richter der ersten Instanz.



## Ungewöhnlich starkes Medienecho

Warum hat nun der Fall Emmely hat ein so heftiges Echo in allen Medien hervorgerufen? Auf der einen Seite erweist sich die Justiz gegenüber einer kleinen Angestellten trotz des bloßen Verdachts als gnadenlos, auf anderen Seite lassen Gerichte Nachsicht walten auch bei erwiesenen Straftaten, wenn es sich um Spitzenmanager oder Chefärzte handelt. Raffgierige Manager können ungestraft die Existenz Tausender Arbeiter und Angestellten ruinieren und vom Volk erwartet man, dass es zusieht, wie die Steuergelder verzockt werden.

In der Krise stoßen diese Widersprüche vielen Menschen auf, die Stimmung wird gereizter. Da entdecken auch bürgerliche Politiker und Kommentatoren ihr soziales Herz und den weitsichtigen unter ihnen ist daran gelegen, dass nicht Öl ins Feuer gegossen wird. Genau das hat aber das Gericht mit seiner Prinzipienreiterei gemacht.

So wird darüber gestritten, was die Glaubwürdigkeit der Demokratie mehr gefährdet: ein Gericht, das eine kleine Angestellte wegen einer Bagatelle abstrafte und damit die Justiz dem Vorwurf der Einäugigkeit und Voreingenommenheit aussetzt oder Politiker, die sich über das Urteil eines »unabhängigen« Gerichts empören.

Die Vorsitzende Richterin des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg hält ab und zu Vorträge in einem »Forum – Institut für Management«, das z. B. am 14.09 eine Veranstaltung plant mit dem Titel »Die besten Kündigungsstrategien – So beenden Sie effektiv Arbeitsverhältnisse«. (Dieser Veranstaltungshinweis wurde übrigens wenige Tage nach dem Emmely-Urteil aus dem Netz genommen.) So viel zur »Unabhängigkeit« des Gerichts.

Emmely musste zwar unterliegen, der Erfolg der zwei Bäcker aus Bergkamen zeigt aber, dass der öffentliche Druck etwas bewirkt hat und die Front bröckelt. Die Bäcker gewannen eine in der letzten Woche eine ähnliche Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht in Dortmund.

Verdachtskündigungen gesetzlich zu verbieten und Bagatellgrenzen für Kündigungsgründe zu fordern, dafür hat Emmely den Boden bereitet, dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Jetzt sollen Leute wie Dressler und Thierse, die sich weit aus dem Fenster gelehnt haben, Farbe bekennen.

## Die zuständige Gewerkschaft ver.di

Ver.di spielt eine sehr zwiespältige Rolle. Natürlich erfährt Emmely viel Solidarität seitens der Gewerkschaftsmitglieder. Steht aber auch der Funktionärskörper hinter ihr? Zumindest, was die Funktionäre des Berlin-Brandenburger Landesverbands anbelangt, nährt ihr Verhalten arge Zweifel. Für Emmely hat sich ver.di erst stark gemacht, nachdem die erste Instanz vor dem Arbeitsgericht verloren war. Die zuständige Sekretärin startete danach eine Postkartenaktion, die zur Verteidigung des Streikrechts und zum Boykott von Kaiser's aufrief, und im ver.di-Bundesorgan »Publik« vom August/September 2008 erschien ein großer Artikel.

Ver.di saß in der Klemme. Auf der einen Seite forderte Emmely ihr Recht auf Solidarität ein, unterstützt durch ein Solidaritätskomitee, das mit geringen Mitteln, aber bewundernswertem Einsatz immer mehr Öffentlichkeit mobilisierte und damit die Gewerkschaft vor sich her trieb. Auf der anderen Seite stand der Betriebsrat von Kaiser's bzw. die Vorsitzende, die gegen das Solidaritätskomitee wettete und sich im Namen der ver.di-Mitglieder bei Kaiser's beschwerte. Die Postkartenaktion gefährdete Arbeitsplätze bei der Kette.

Symptomatisch war das Auftreten des ver.di-Vertreters Tremper bei Anne Will. Es war ihm mehr als unangenehm, von Will auf den Boykott angesprochen zu werden. Er hätte das gern dem Komitee in die Schuhe geschoben.

Der BR hat sich noch schäbiger verhalten. Er hat dem Kaiser's-Management signalisiert, dass ihm die Angelegenheit lästig ist. Er hat zwar der Kündigung widersprochen, in seiner Stellungnahme aber deutlich gemacht, dass die Kündigung von Barbara E. seiner Einschätzung nach »nichts mit dem Streik zu tun« habe (aus der Stellungnahme des BR Kaiser's-Tengelmann AG, nachzulesen auf der Internetseite von ver.di Handel Berlin-Brandenburg). Der BR hielt sich dann noch zugute, dass er eine Abfindung ausgehandelt habe. Diese war so lächerlich gering, dass Emmely natürlich abgelehnt hat.

Das wäre auch dem Landesverband das Liebste gewesen: Man einigt sich hinter dem Rücken der Betroffenen mit dem Konzern, vermeidet weiteren Wirbel und die Angelegenheit ist vom Tisch. Dieses Muster hat Emmely aber durchbrochen. Sie hat die Leisetreterei abgelehnt, sich einen Rechtsanwalt ihres Vertrauens gesucht und den Kampf aufgenommen. Dabei stand ihr das Komitee zur Seite. Das war einigen Funktionären erst recht suspekt: Leute, die sich nicht auf die »bewährte« Konfliktlösungsstrategie verlassen, sondern selbst aktiv werden und dabei nicht mit Kritik an der Führung sparen.

Mittlerweile ist es so, dass die Gewerkschaft mehr von Emmely profitiert als diese von der Gewerkschaft, hat Emmely doch die Aufmerksamkeit der (Welt-)Öffentlichkeit auf die Zustände im deutschen Einzelhandel gelenkt.

Aber ver.di, zumindest der Landesverband, bleibt bei seiner abwiegelnden und gegenüber seinem Mitglied Emmely distanzierenden Haltung. In seiner Stellungnahme (nachzulesen auf der o. g. Internetseite) wird kein Zusammenhang zwischen der Streikteilnahme Emmelys und ihrer Kündigung hergestellt. Indirekt wird damit auch die Linie des Gerichts und des Konzerns gestützt, die diesen Zusammenhang stets vehement bestritten haben.

16.03.09 ■

## Das eine und das andere Vertrauensverhältnis

Zu den Berichten über das Kassiererin-Urteil: Was ich skandalös finde, ist die Empörung über Wolfgang Thierse. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts zeigt wieder einmal die Bundesrepublik nicht als rechtsstaat, sondern als Land der Juristerei. Und das Urteil ist im wahrsten Sinn des Wortes asozial. Ein französisches Witzwort im neunzehnten Jahrhundert war: »Der Beweis, dass die Reichen ehrlicher sind als die Armen, ist die Tatsache, dass man nie ienen Reichen einen Laib Brot hat stehlen sehen.« Die F.A.Z. schreibt: »Das Vertrauensverhältnis war aus Sicht des Arbeitgebers zerstört.« Das Vertrauensverhältnis der Bankkunden zu ihrer Bank ist auch zerstört sowie das Vertrauensverhältnis unzähliger Arbeiter und Angestellten, die nun für die mangelnde Umsicht, manchmal sogar für den Betrug der oberen Etagen ihren Job verlieren. Nur dass der Bankkunde und der Lohnempfänger diejenigen nicht entlassen kann, die sein Vertrauen zerstört haben. Dabei müssen sie noch denen, die ihr Vertrauen verloren haben, zusammen als Steuerzahler nicht ein paar Euros, sondern Milliarden zur Verfügung stellen – sie, oder ihre immer mehr verschuldeten Kinder.

ALFRED GROSSER; PARIS

Erscheinen in der F.A.Z. vom 03.03.2009



■ BRITISCHE BAUARBEITER KÄMPFEN GEGEN EU-RECHT UM IHREN ARBEITSPLATZ

## Spontane Streiks quer durch Großbritannien

Seit einiger Zeit wächst bei den Lohnabhängigen in Großbritannien Unmut über ihre soziale Lage. Konnte sich Gordon Brown zunächst darstellen als einer, der die Krise in den Griff bekommt, so ist er durch die krisenbedingte steigende Arbeitslosigkeit von der Wirklichkeit eingeholt worden. Britische Arbeiter haben Gordon Brown beim Wort genommen und von ihm die Einlösung seines Versprechens »British Jobs for British Workers« eingefordert, das er auf den Jahreskongressen 2007 des Gewerkschaftsdachverbandes TUC und der Labourparty gegeben hatte.

Etwa 1000 Bauarbeiter der auf der Lindsey Ölraffinerie bei Immingham (Lincolnshire) tätigen Firmen trugen als Losung Gordon Browns Versprechen auf ihren Transparenten, als sie Ende Januar in einen Solidaritätsstreik für 300 entlassene Kollegen traten. Die Streikposten konfrontierten einfach den Premierminister der Labourparty mit seinem Versprechen und haben damit eine öffentliche Diskussion über eine angebliche ausländerfeindliche Aktion der Streikenden ausgelöst.

Bei einer Ausschreibung hatte die italienische Firma IREM von dem Treibstoffproduzenten Total, der die Lindsay Ölraffinerie betreibt, Ende 2008 den Zuschlag für Bauarbeiten für eine Gasanlage erhalten. Ende Januar 2009 erfuhr die Belegschaft eines Bauunternehmens auf der Raffinerie, dass IREM 300 italienische und portugiesische Arbeiter für die Arbeiten mitbringt, die auf Schiffschiffen im Hafen von Grimsby untergebracht würden. Daraufhin traten die Belegschaften von allen bei der Total-Raffinerie tätigen Bauunternehmen in Solidaritätsstreiks.

Auf einem landesweiten Betriebsräte-Forum der Baubranche in London, an der shop-stewards (in etwa vergleichbar mit unseren Vertrauensleuten) von der Lindsey Raffinerie teilgenommen hatten, war schon eine vergleichbare Situation beim Kraftwerk Staythorpe diskutiert worden. Hier war das Unternehmen Alstom dabei, ausländische Arbeitskräfte einzustellen, britische Arbeiter wurden insgesamt abgelehnt. Durch diesen engen Kontakt der shop stewards der verschiedenen Baustellen, die zudem in ständigem Handy-Kontakt waren, konnte der Streik auf der Lindsey Ölraffinerie zu dem Funken werden, der den Anstoß gab für die spontane Arbeitsniederlegung von Tausenden von Arbeitern der Baubranche quer durch alle Teile Großbritanniens. Seit mehr als 20 Jahren hat es solch einen Arbeitskampf in Großbritannien nicht gegeben.

Die letztes Jahr aus einer Fusion hervorgegangene Gewerkschaft Unite stand beim Streik außen vor, um vor Regressforderungen geschützt zu sein. Trotzdem wehten von den Rednerpulten, von denen die shop stewards auf Versammlungen sprachen, die Fahnen der Unite. Lord Mandelson, Minister der Labourregierung, denunzierte den Streik sofort als illegal, gegen die EU-Gesetze gerichtet, schließlich hätten Arbeiter das Recht, sich überall in der EU aufzuhalten.

### Billige Arbeitskräfte

Nach EU-Recht hat jedes Unternehmen das Recht, in jedem EU-Land Waren und Dienstleistungen frei anzubieten. Zu dieser unternehmerischen Tätigkeit darf es keine Behinderungen geben. Wird ein Werksvertrag abgeschlossen und ein Unternehmen bringt für diesen Auftrag die Arbeiter aus seinem Land mit, so gelten die arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Heimatlandes und nicht die Bestimmungen des Landes, in dem gearbeitet wird. Die Freizügigkeit ist also auf Unternehmen zugeschnitten, nicht auf die Beschäftigten.

Alle streikenden Bauarbeiter in Britannien klagten an, dass ausländische Bauarbeiter unter Tarif bezahlt werden. Die Zeitung »Independent« vom 31.01.09 brachte die Aussage von Bauarbeitern, dass die südeuropäischen Arbeiter den Minimallohn von 5,73 Pfund erhalten, weit unter dem 14 Pfund-Stundenlohn, den fest angestellte Bauarbeiter im Lande erhalten. Sprecher für die IREM-Arbeiter in Lindsey verneinten eine Minderbezahlung. Doch Reporter des britischen TV-Kanals 4 befragten portugiesische Arbeiter, die wieder in ihrer Heimat waren, in Lissabon nach ihrem Lohn auf der Lindsey Raffinerie und erhielten als Antwort, dass sie einen ca. 1000 Euro geringeren Monatslohn als die britischen Arbeiter erhalten hätten. Da die italienischen und portugiesischen Arbeiter auf Schiffschiffen im Hafen von Grimsby untergebracht waren, und die Streikenden durch Wachmannschaften und Polizei vom Gelände der Raffinerie ferngehalten wurden, war es ihnen nicht möglich, Kontakt zu ihren ausländischen Kollegen aufzunehmen.

### Ausländerfeindlichkeit bei britischen Gewerkschaftern?

In der Öffentlichkeit schienen die Kämpfe der Bauarbeiter von Anfang an nationalistisch ausgerichtet zu sein. Bilder von Arbeitern mit dem Slogan »British Jobs for British Wor-

kers« auf selbst gefertigten Spruchbändern gingen durch die Presse. Die Medien sprachen von einem Kampf gegen ausländische Arbeiter und zeigten Bauarbeiter, die diese Meinung teilten. So konnte bei Außenstehenden schon der Glaube aufkommen, die zentrale Forderung der Beschäftigten bei der Lindsey Raffinerie sei tatsächlich »British Jobs for British Workers«.

Die in den Vollversammlungen diskutierten und abgestimmten Forderungen gingen jedoch nicht in diese Richtung, und es war auch keine Feindseligkeit gegenüber ausländischen Arbeitskräften spürbar. Anhänger der rechtsradikalen British National Party, die bei den Streikposten auftauchten, wurden von shop-stewards verwiesen. »Rings um uns herum ist große Arbeitslosigkeit, besonders in der Industrie. Wir wollen die Einlösung von Gordon Browns Versprechen. Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun«, diese Aussage eines langjährigen Gewerkschafters brachte keine bürgerliche Zeitung.

Natürlich trugen die Streikenden die Losung mit unterschiedlicher Motivation. Während ein Teil der Bauarbeiter nicht über die enge Auslegung der Losung hinauskam, gebrauchte der bewusstere Teil Browns Versprechen als Kritik an der Politik der Labourregierung unter Gordon Brown.

Dieser konnte nicht anders, als sich von seinem nationalistischen Slogan abzusetzen und zur Aufnahme der Arbeit aufzurufen. Ebenso Minister Lord Mandelson, der versuchte, die Streikenden zur Rückkehr zu ihrer Arbeit zu bewegen, indem er sagte, die EU-Regeln seien zu ihrem Nutzen da. Im Unterhaus kritisierte Paul Kenny, Generalsekretär der Gewerkschaft GMB, Mandelson bringe eine allgemeine Aussage ohne irgendeinen Rückhalt in den Tatsachen. Gesundheitsminister Alan Johnson, der frühere Generalsekretär der Postarbeitergewerkschaft, sprach von der Notwendigkeit, die schlimmsten Auswüchse des Deregulierungskahlschlags der EU einzudämmen.

## Die Rolle polnischer Arbeiter

Seit einigen Jahren treten polnische Arbeiter in die britischen Gewerkschaften ein. Polnische Mitglieder der Gewerkschaft UNITE, in der die Bauarbeiter organisiert sind, organisieren ihre Landsleute. Die Gewerkschaft GMB hatte vor einigen Jahren polnische Arbeiter zu einer Versammlung in Southampton eingeladen und gehofft, dass ein Dutzend Kollegen kommen. Es erschienen einige hundert. Sie wollen sicherstellen, dass sie für ihre Arbeit auch den im Tarifvertrag abgeschlossenen Lohn erhalten. Der Gewerkschaftsdachverband TUC hat inzwischen mit den polnischen Gewerkschaften abgesprochen, dass polnische Arbeiter vorbereitet nach Britannien kommen und wissen, was sie hier gewerkschaftlich zu tun haben.

Deutlich wurde der ablehnende Standpunkt gegenüber nationalistischen Slogans unter den Streikenden und weiteren Kreisen der Lohnabhängigen, als sich am 3. Februar 200 polnische Arbeiter den 400 Beschäftigten auf der Baustelle des Langage Kraftwerks in Plymouth einem »wilden« Streik anschlossen. Die Massenmedien unternahmen alles, um diesen Schritt internationaler Solidarität nicht bekannt werden zu lassen. Es ist deshalb kein Zufall, dass der Konflikt bei der Lindsay Ölraffinerie mit dem Zugeständnis, ca.100 zusätzliche Arbeitsplätze für britische Arbeiter einzurichten, dann schnell gelöst wurde.

## Unite will mehr als diesen Kompromiss

Unite hatte empfohlen, diesen Kompromiss als ersten Schritt zur Lösung des Konflikts anzunehmen; gleichzeitig erhob Unite aber zwei weitere Forderungen:

1. Eine Untersuchung der Praktiken in der Bauindustrie müsse eingeleitet werden und von Regierungsseite müs-

se eingefordert werden, dass britische Arbeiter gleichberechtigt mit anderen Arbeitern bei Ausschreibungen berücksichtigt werden.

2. Anfechtung europäischer gesetzlicher Präzedenzfälle, die es den Arbeitgebern ermöglichen Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterbieten. Ein Präzedenz-Fall des Europäischen Gerichtshofes (EGH) gibt den Unter-

## Politische Angriff auf das Streikrecht

Der Europäische Gerichtshof (EGH) hat in den letzten Jahren in den Kampf um die Erhaltung des Streikrechts eingegriffen. Das Urteil in dem Laval-Konflikt in Schweden untergrub das Recht des schwedischen Gewerkschaftsbundes zu streiken um ausländische Unternehmen, die ausländische Arbeiter nach Schweden bringen, zu einem Tarifabkommen zu zwingen. Auch in einer Reihe anderer Fälle hat der EGH das Streikrecht in der EU begrenzt. Der EGH sagte u.a., dass der schwedische Bauarbeiterverband nicht zur Durchsetzung eines Tarifabkommens mit einer Firma, die Personal nach Schweden entsendet, streiken dürfe, weil Schweden keinen Minimal-Lohn bestimmt habe. Die Entsendungs-Richtlinie enthält genaue Forderungen, was unter Minimallohn verstanden wird, und unter welchen Voraussetzungen für einen Minimallohn gestreikt werden darf. Die Entsendungs-Richtlinie ist die entscheidende Grundlage, Tarifabkommen über Minimallöhne allein sind nicht ausreichend.

Der EGH unterstrich zwar, dass die EU-Verträge das Streikrecht als ein grundsätzliches Recht anerkennen, und dass die das Streikrecht betreffenden Regeln nicht in die Kompetenz der EU fallen. Und doch ist das Streikrecht laut EGH durch Teile der Traktat- und Rechtsgrundlage der EU begrenzt. Die Charta, auf die der Lissabonvertrag verweist und der Charta damit juristische Gültigkeit verleiht, erkennt nur das Streikrecht an, insofern dieses in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Gemeinschaft steht. Das bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten ihr nationales Streikrecht dem übrigen EU-Recht unterordnen müssen und hier u.a. bzw. vor allem den Bestimmungen über den inneren Markt und die Konkurrenz.

Die Anwendung des Streikrechts ist daher konkreten EGH Entscheidungen unterworfen, in denen bestimmt wird, ob Streiks legal oder illegal sind. Der EGH hat entschieden, dass das Recht der Unternehmen sich frei zu etablieren und Dienstleistungen über Ländergrenzen hinweg anzubieten, dem allgemeinen Interesse entspricht. Gewerkschaften dürfen diese Rechte nicht einschränken. Die »freie Beweglichkeit der Arbeiter« über die Ländergrenzen hinweg bedeutet damit faktisch eine Untergrabung der kollektiven Rechte der Arbeiter.

Die Entscheidungen des EGH sind allerdings (noch) nicht eindeutig. Grundlage der Entscheidung ist die aus den Traktaten abgeleitete Rechtsgrundlage, die sich mit der fortschreitenden Integration zugunsten der Unternehmer verschoben hat. Das EU-Recht ist jedoch keine politisch unveränderbare Größe, sondern beruht auf politischen Entscheidungen. Und politische Entscheidungen (über die Entsendungsrichtlinie) sind abhängig von politischen Entscheidungen, also z.B. auch dem Eingreifen der Lohnabhängigen mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen.

15.03.09 ■

nehmern das Recht »soziales Dumping« durchzuführen und macht es den Gewerkschaften unmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Unterbietung der britischen Arbeitslöhne und -verhältnisse zu verhindern.

Diese Auswirkungen sind nicht nur in Großbritannien, sondern auch in anderen Ländern zu spüren. Während des Wahlkampfes im vorigen Herbst, hat der derzeitige österreichische Bundeskanzler, Werner Faymann, diese zweite Frage angesprochen: die neoliberale Deregulierung führe zur Schwächung der erkämpften kollektiven Rechte der Arbeiter und anderer Lohnempfänger. Es müsse gegen diese eingeschritten werden. Es mag sein, dass er das auch meint, Schritte scheinen noch nicht eingeleitet worden zu sein. Möglich wird das nur durch Mobilisierung breiter Gruppen von Lohnabhängigen.

### Vorstellungen der FIOM

Die Wogen der Streiks schlugen bis nach Italien, wo IREM ihren Sitz hat. Gianni Rinaldini, Generalsekretär der FIOM, der sich für die Überwindung des gewerkschaftlichen Standortdenkens einsetzt, sieht die Lösung in globalem gewerkschaftlichem Handeln mit einer Organisation: »Es fehlt eine Organisation und damit ein Handeln auf globaler Ebene. Dieses Problem betrifft über die Gewerkschaften (die nur in der Lage sind, Land für Land zu agieren, wenn es gut läuft) hinaus auch die Linken, die keine Vorstellung eines anderen Auswegs aus der Krise anzubieten haben, das heißt

eine solidarische und nicht protektionistische Idee. Über den englischen Fall müssen wir auf der nächsten Versammlung des Internationalen Metallarbeiterbundes diskutieren, die am 18. und 19. Februar stattfinden wird. Bei dieser Sitzung steht bereits ein Treffen mit den US Gewerkschaften auf der Tagesordnung, das für uns nach dem geplanten Abkommen zwischen FIAT und Chrysler von grundlegender Bedeutung ist. Wir brauchen eine gemeinsame Aktion. Wir müssen Strategien und eine gemeinsame Praxis entwickeln. Zu meinen, dass man alles durch einen allgemein gehaltenen Appell an die Solidarität lösen könne, wäre eine Dummheit. Das hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch nie funktioniert. Nötig sind eine Antwort und ein Vorschlag auf globaler Ebene.« (Auszug aus dem Interview in »il manifesto« 3.2.09)

So richtig es ist, internationale Koordination in Konfliktfällen zu fordern – und es hat in der Tat früher Fälle gegeben, wo gemeinsame Aktionen zu einem Erfolg geführt haben – so unzureichend wäre es, sich auf internationale gewerkschaftliche Absprachen alleine zu verlassen. Appelle sind, wie Kollege Rinaldini anführt, nicht genug. Die britischen Bauarbeiter haben ihre Probleme selbst in die Hände genommen. Nur mit diesem Druck können auch die Gewerkschaftsorganisationen für die Interessen der Lohnabhängigen genutzt werden.

Der von der Unite ausgehandelte Kompromiss ist ein Teilerfolg. Die Rechtsprechung des EGH wird zu weiteren Konflikten führen. 15.03.09 ■

**AUFGEGRIFFEN: NACHDRUCK AUS DER ZEITSCHRIFT »OSSJETZKI«**

## »Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun ohne Rohheit nicht mehr zu machen.«

Wir drucken im folgenden ein Referat von Rolf Becker nach. Der Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise, der Verteidigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Selbstzersetzung der Demokratie wird hier prägnant an Hand der großen Depression der dreißiger Jahre geschildert. Aus historischen Erfahrungen zu lernen, heißt für uns: Wir müssen neben den historischen Parallelen, die es sicherlich gibt, vor allem die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den internationalen und nationalen Klassen- und Kräfteverhältnissen herausarbeiten. Der weitere Verlauf der Krise mit seinen sozialen und politischen Konsequenzen wird in nächster Zeit reichlichen Stoff für eine solche Diskussion liefern.

Wohin führt die derzeitige wirtschaftliche Krise? Kann sie im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gelöst werden? Was werden ihre politischen Konsequenzen sein?

1935 notierte Bertolt Brecht als Resultat der damaligen Weltwirtschaftskrise: »Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen. Das ist nur eine Zeitfrage.« (»Faschismus und Kapitalismus«, Große Berliner/Frankfurter Ausgabe 22/105) Die faschistischen Regime in Deutschland, Italien und Spanien, das Anwachsen faschistischer Bewegungen in einer Reihe kapitalistischer Länder und der 2. Weltkrieg bestätigten seinen Hinweis. Was Brecht damals als politische Folge der wirtschaftlichen

Krise benannte, ist heute bereits krisenbegleitend oder der Krise vorausgehend feststellbar – je nachdem, wie wir ihren Beginn datieren: ob mit der Ölkrise 1975 (und seitdem sich zyklisch steigend) oder mit dem »Platzen der Finanzblase« 2008.

Anders als Georgi Dimitroff, der im gleichen Jahr 1935 erklärte, der Faschismus sei »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, definiert Brecht den Faschismus als »eine historische Phase, in die der Kapitalismus eingetreten ist, insofern etwas Neues und zugleich Altes«. Er könne »nur bekämpft werden als Kapitalismus, als nacktester, frechster, erdrückendster und betrügerischster Kapitalismus«. (»Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit«, GBA 22/74) Daß Brecht damit die Begründung der Volksfrontpolitik in Frage stellte, die auf Widersprüche im bürgerlichen Lager setzte, bedarf der Erörterung an anderer Stelle. Wie Marx und Engels im kommunistischen Manifest hebt er »die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor«. Sein Fazit: »Die große Wahrheit unseres Zeitalters (mit deren Erkenntnis noch nicht gedient ist, ohne deren Erkenntnis aber keine andere Wahrheit von Belang gefunden werden kann) ist es, daß unser Erdteil in Barbarei versinkt, weil die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit Gewalt festgehalten werden. Was nützt es da, etwas Mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, daß der Zustand, in den wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen

sagen, daß gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen.« Er fordert, an die Schreibenden gerichtet: »Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, daß das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.« Und verweist auf den entscheidenden Adressaten: »Wir müssen es ferner denen sagen, die unter den Eigentumsverhältnissen am meisten leiden, an ihrer Abänderung das meiste Interesse haben, den Arbeitern, und denen, die wir ihnen als Bundesgenossen zuführen können (...) denn wir können die Wahrheit über barbarische Zustände nicht erforschen, ohne an die zu denken, welche darunter leiden.« (GBA 22/74)

Als Brecht dies 1935 forderte, war die deutsche Arbeiterbewegung bereits zerschlagen. Er wußte, seine Botschaft aus dem Exil konnte sie kaum noch erreichen. Sie war gerichtet an die, die noch nicht unter faschistischen Regimes litten, darüber hinaus an uns Nachgeborene: »Ich wollte, daß ihr nicht schon triumphiert: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.« (»Kriegsfißel«) Mehr als die Warnung gibt die Definition zu denken, formuliert vor dem Überfall Deutschlands auf die Länder Europas und die Sowjetunion – und vor Auschwitz: »Um in seinen Entscheidungskampf mit seinem Proletariat einzutreten, muß der Kapitalismus sich aller, auch der letzten Hemmungen entledigen und alle seine eigenen Begriffe, wie Freiheit, Gerechtigkeit, Persönlichkeit, selbst Konkurrenz, einen nach dem andern über Bord werfen. So tritt eine einstmals große und revolutionäre Ideologie in der niedrigsten Form gemeinen Schwindels, frechster Bestechlichkeit, brutalster Feigheit, eben in faschistischer Form, zu ihrem Endkampf an, und der Bürger verläßt den Kampfplatz nicht, bevor er seine allerdreckigste Erscheinungsform angenommen hat.« (GBA 22/105)

Wichtig erscheint mir:

– Brechts Bindung der Faschismuskritik an die Kritik des Kapitalismus und damit an die Eigentumsfrage: »Wir müssen sagen, daß gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen.« Guantanamo und Abu Ghraib sowie alle anderen Verhörwerkstätten, deren Aussagen auch hierzulande ausgewertet werden, dienen – ohne dass bereits von faschistischen Verhältnissen gesprochen werden kann – im Rahmen der »real existierenden« Demokratien der Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

– Brechts Darstellung des Verfalls bürgerlicher Werte: das »über Bord werfen« der einst revolutionär erkämpften Werte und Begriffe »wie Freiheit, Gerechtigkeit, Persönlichkeit, selbst Konkurrenz« zugunsten »der niedrigsten Form gemeinen Schwindels, frechster Bestechlichkeit, brutalster Feigheit«. Auch das erleben wir heute, aber anders als zur Zeit der Niederschrift des Brecht-Textes nicht unter faschistischen, sondern – wenn auch zunehmend eingeschränkten – demokratischen Verhältnissen. Die Lügen zur Begründung des ersten Angriffskrieges unter Beteiligung der seit 1989 »wiedervereinigten« Bundesrepublik Deutschland gegen Jugoslawien, die Häufung der Korruptionsfälle in Wirtschaft und Politik, die Überwachung der Bürger, die Einschränkungen im Versammlungsrecht, das schrittweise Aufheben der Trennung von Legislative und Exekutive, der angestrebte Einsatz der Bundeswehr im Innern die verlogenen Begründungen zur Rechtfertigung des Umgangs mit Flüchtlingen und nicht zuletzt, was heute als »Mainstream« bezeichnet und als »öffentliche Meinung« durchgesetzt wird, veranlassen uns bereits heute, ihm Rahmen der noch funktionsfähigen bürgerlichen Demokratien, nachzudenken über die »Schwierigkeiten beim Schreiben (und Aussprechen) der Wahrheit«.

– Brechts Hinweis auf die Adressaten aller Einsichten: auf die, »die unter den Eigentumsverhältnissen am meisten

leiden«, die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung. Damals waren in Deutschland sämtliche Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse bereits verboten, ihre Mitglieder in die Deutsche Arbeitsfront gezwungen, ihre Belegschaften zu Gefolgschaften der Unternehmen degradiert, ihre aktiven Kader wurden verfolgt, in KZs interniert, gefoltert und ermordet. Als historisches Subjekt, das die Frage »Sozialismus oder Barbarei« revolutionär hätte entscheiden können, existierte sie nach der kampflosen Niederlage 1933 nicht mehr. So wie sie heute noch nicht wieder existiert. Gelegentlich laufen wir Gefahr, bei diesem »noch nicht« zögerlich, zweifelnd, wenn nicht gar kopfschüttelnd zu reagieren angesichts der geringen Ansätze, die überwiegende Passivität vor allem im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich zu überwinden, geschweige denn den Kampf gegen Hartz 4 und die Agenda 2010 aufzunehmen – anders als Unternehmer und Regierung, die sich von der Überwachung der Bürger bis zum Einsatz der Bundeswehr im eigenen Land auf die Unterdrückung möglicher Unruhen vorbereiten. Wenn von »notwendigen Einschränkungen« der Demokratie die Rede ist, um die angeblich gefährdete Demokratie zu schützen und zu erhalten, ist in Wahrheit die bürgerliche Klassenherrschaft gemeint.

Am 28. Februar 1942, nach einem Besuch von Lion Feuchtwanger bei ihm in der gemeinsamen Zeit des Exils in den USA, notierte Brecht: »Die auswegloseste aller Klassen, das Kleinbürgertum, etabliert sich diktatorisch in der ausweglosesten Situation des Kapitalismus. Die Diktatur ist nur insofern scheinbar, als sie sich zwischen den weiterbestehenden Klassen durchsetzt, so das ‚natürliche‘ (ökonomische) Gewicht des Großbürgertums (Junkertums) zur verschärften Geltung bringt und nicht ‚im Sinn‘ des Kleinbürgertums regiert; es ist Handlangertum, Fausthandlangertum, aber die Faust hat eine gewisse Selbständigkeit; die Industrie bekommt ihren Imperialismus, aber sie muß ihn nehmen, wie sie ihn bekommt, den Hitlerschen.« (GBA 27/63)

Brecht benennt hier drei für den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie und die faschistische Machtübernahme entscheidende Kriterien: das Kleinbürgertum, das sich »diktatorisch etabliert«, die »auswegloseste Situation des Kapitalismus« und die Industrie, die »ihren Imperialismus nehmen muß, wie sie ihn bekommt«.

Brecht gibt keine Quellen an, auf die er sich bei diesen Anmerkungen bezieht, aber vieles weist darauf hin, daß zu ihnen gehört, was Karl Marx über die französischen Zustände nach der 1848er Revolution geschrieben hat: »Indem (...) die Bourgeoisie, was sie früher als ‚liberal« gefeiert, jetzt als ‚sozialistisch« verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eignes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die andern Klassen zu exploitierten und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen solle, zugleich als Damoklesschwert über ihr eignes Haupt gehängt werden müsse.« (Marx Engels Werke 8, Seite 154)

Mit anderen Worten, bezogen auf die Machtübergabe an die Nazis 1933: Um ihre wirtschaftliche Macht zu erhalten, mußten die deutschen Unternehmer ihre politische Macht den Faschisten anvertrauen. Dazu August Thalheimer, der diesen Gedankengang seiner Faschismusanalyse zugrunde legt, zu Beginn der damaligen Weltwirtschaftskrise, 1929

in Gegen den Strom, Zeitschrift der KPD-Opposition: »Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen. Die Bourgeoisie spürt es klar voraus, daß dies nur durch einen Bürgerkrieg vollführt werden kann. Davor schreckt sie heute noch zurück. Es bedarf dazu einer Vorbereitung von langer Hand und einer akuten politischen und sozialen Krise. Heute wäre es für sie noch ‚ein Sprung ins Dunkle‘. Und für diesen Sprung selber braucht es einen Springer außerhalb, über oder unter den Reihen der parlamentarischen Politiker. Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen – so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden. Das braucht kein ‚Heros‘, nichts Außerordentliches zu sein. Sind die sozialen und politischen Bedingungen dafür bereit, so genügt, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, die ordinärste Blechfigur dafür (...) So reift also Schritt für Schritt die Krise des Parlamentarismus in Deutschland heran, die in eine Krise der bürgerlichen Herrschaft überhaupt auslaufen muß.« (Gegen den Strom, 2. Jhg. Nr. 16)

Heute kann von einer »politischen Abdankung« der bürgerlich-parlamentarischen Regierungen in den großen Industriestaaten noch nicht die Rede sein. Wohl aber von einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, die sich zu einer politischen auszuweiten droht – »in eine Krise der bürgerlichen Herrschaft überhaupt«. Die Verwirrung in den parlamentarischen Vertretungen der herrschenden Klasse ist ablesbar aus ihren widersprüchlichen Erklärungen – ob in den USA oder in Europa. Die derzeitige Krise, deren Ausmaß noch nicht absehbar ist, betrifft, anders als in der Weltwirtschaftskrise 1928-1933, nicht nur einige, sondern sämtliche Industrienationen. Wenn Politiker wie Medien von den »globalen Auswirkungen der Krise« sprechen, umgehen sie damit lediglich ihre Benennung als Krise des Kapitalismus selbst. Das Abwälzen der Lasten auf die Bevölkerungen – Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der kaum noch bezifferbaren Verluste – betrifft sämtliche Industrienationen und weit darüber hinaus die von der Rohstoffproduktion abhängigen Länder der sogenannten 3. Welt. Nationale Sonderwege, wie die der Achsenmächte unter der Führung Deutschlands im 2. Weltkrieg, scheinen trotz der zunehmenden Widersprüche unter den kapitalistischen Führungsmächten ausgeschlossen – selbst für die USA.

»Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?« Die Antwort von Marx und Engels auf die in ihrem kommunistischen Manifest selbst gestellte Frage lautet: »Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.« Die »Vernichtung einer Masse von Produktivkräften« wird mittlerweile zur Alltagserfahrung. »Die gründlichere Ausbeutung alter Märkte« mit den entsprechenden Konsequenzen für die soziale Lage der Bevölkerungsmasse bahnt sich an. Ebenfalls die »Eroberung neuer Märkte« durch Fortsetzung der Kriege – die Einkreisung Rußlands begann bereits mit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien.

Auch wenn das Kapital – anders als 1933 – nicht vor einem »Entscheidungskampf mit seinem Proletariat« steht, kommt es, wie Brecht in seinen Anmerkungen zu »Die Ausnahme und die Regel« (1931) schreibt, darauf an zu »zeigen, wie die aneignende Klasse unablässig den Klassenkampf betreibt, auch da, wo die hervorbringende Klasse zu großen Teilen noch nicht kämpft. Die aneignende Klasse handelt unter allen Umständen so, wie es die Erwartung des Widerstandes der hervorbringenden Klasse ihr befiehlt.« (GBA 24/109) Die Verharmlosung und das Gewährenlassen der NPD und anderer faschistischer Gruppierungen entspringt noch nicht der Krise bürgerlicher Herrschaft, wohl aber der gelegentlich auch verbalisierten Überlegung, ihre Anhänger eines Tages zur Herrschaftssicherung instrumentalisieren zu können. Die Tatsache, daß sich Faschisten heute zunehmend an sozialen Brennpunkten einschalten, die eigentlich von den Gewerkschaften besetzt werden müßten, findet zu wenig Beachtung. Mehr noch: Die weitgehende Passivität der Arbeiterklasse bietet, anders als uns bürgerliche Ideologen weismachen wollen, nicht nur keine Gewähr für den Erhalt derzeitiger sozialer Ordnungen, im Gegenteil: nur gestützt auf diese Passivität und auf die Orientierungslosigkeit der Massen kann eine konterrevolutionäre Bewegung zur Macht gelangen. Der Ausweg ist wie die Wahrheit konkret: Änderung der Eigentumsverhältnisse. »Wer will, dass die Welt bleibt, wie sie ist, will nicht, daß sie bleibt.« – Erich Fried

Nach dem Referat auf der Ossietzky-Konferenz am 3.10. 2008 in Berlin (weitere Referenten: Ulla Jelpke und Kurt Pätzold)



»So tritt eine einstmals große und revolutionäre Ideologie in der niedrigsten Form gemeinen Schwindels, frechster Bestechlichkeit, brutalster Feigheit, eben in faschistischer Form, zu ihrem Endkampf an, und der Bürger verläßt den Kampfplatz nicht, bevor er seine allerdreckigste Erscheinungsform angenommen hat.« (BERTOLT BRECHT)

LEO HAAS: RADIERUNG AUS DEM »THERESIENSTADT« ZYKLUS